

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

8. Sitzung, 06.02.1912

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Achte Sitzung.

Oldenburg, den 6. Februar 1912, vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend abändernde Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts für die freie Hansestadt Lübeck und das Großherzoglich Oldenburgische Fürstentum Lübeck unter dem 29./30. September 1868 abgeschlossenen Verträge. 1. Lesung. (Anlage 64, Nebenanlagen A und B.)
 2. Selbständiger Antrag des Abg. Hug, betreffend die Teuerung.
 3. Selbständiger Antrag des Abg. Tappenbeck, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung für das Herzogtum.
 4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf einer Wegeordnung für das Fürstentum Lübeck. 1. Lesung. (Anlage 41, Nebenanlage A.)
 5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Abänderung der Gemeindeordnung. 1. Lesung. (Anlage 56.)
 6. Bericht des Verwaltungsausschusses über
 1. die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg zur Ausführung des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909. 1. Lesung. (Anlage 42);
 2. den selbständigen Antrag des Abg. Tanken (Heering).
 7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lübeck, betreffend die Ausmittelung der Ablösungspreise der Naturalien und Dienste. 1. Lesung. (Anlage 57.)
 8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Errichtung städtischer Bürgermeistereien. (Anlage 35.)
 9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Dörr, die Staatsregierung zu ersuchen, den Entwurf zu einem Gesetze für das Fürstentum Birkenfeld vorzulegen, das die Zusammenlegung von Grundstücken ermöglicht.
 10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Rohsteinversteigerer aus dem Idarer Fabrikbezirk, betreffend Aufhebung der Abgabe von dem Erlös der Rohsteinversteigerungen.
 11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Behrens, betreffend Revision der Gemeindeordnung.
 12. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Behrens, betreffend stärkere Heranziehung der Fabriken und anderen gewerblichen Unternehmungen zu den Gemeindelaften.



13. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Wirtevereinigung des Großherzogtums Oldenburg, betreffend Ermäßigung der Wirtschaftskognition.
14. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bürgermeistereivats Herrstein, betreffend Einrichtung eines Amtsgerichts in Herrstein.
15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Kolonisten Wilhelm Heinrich Delekate in Streckermoor, betreffend Einweisung der zweiten restlichen Hälfte des Kolonats Nr. 15, Flur 2, Gemeinde Hatten, Parzelle Nr. 121/43.
16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Erbpächters Ernst Drückhammer zu Specherholz bei Ahrensböck.
17. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Amtsvorstandes von Cloppenburg, betreffend Aenderung der Bestimmung des § 6 des Gesetzes, betreffend die Sonn- und Feiertage, vom 16. März 1908.
18. Bericht des Verwaltungsausschusses über ein Bittgesuch
 1. der Gefängnisaufseher Kühling, Gode, Köhnemann und Pannemann zu Oldenburg,
 2. von 15 Gefängnisaufsehern in Wechta, um Ausgleich von Gehaltsüberholungen.
19. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bundes Deutscher Militäranwärter, betreffend Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter.
20. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Bitte von Frauenvereinen Oldenburgs um Gewährung des Gemeindebürgerrechts.
21. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Pastor W. H. Dittmer in Gniffau, betreffend authentische Interpretation des Schulgesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 4. April 1911, sub. 1 d.
22. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für das Forstbetriebsjahr 1910/11. (Anlage 17, Nebenanlagen A bis D.)
23. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Krongutskasse-Rechnungen. (Anlage 49.)
24. Bericht des Finanzausschusses über die gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg, sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1910:
 1. das Hauptbuch über die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse,
 2. eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse im Vergleich mit dem Voranschlage,
 3. das Hauptbuch über die Einnahmen der Landeskasse,
 4. die Zusammenstellung der Ausgaben der Landeskasse,
 5. eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Landeskasse in Vergleich mit dem Voranschlage,
 6. das Hauptbuch über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds,
 7. desgleichen des Stadländer Kanalbaufonds,
 8. desgleichen des Weferbaufonds. (Anlage 9.)
25. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Weinaufskasse. 2. Lesung. (Anlage 25.)
26. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des deutschen Handwerks- und Gewerbelammertages über die Einführung einer reichsgesetzlichen Regelung des Hufbeschlagwesens.
27. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen, betreffend Grundzüge für die Beurteilung des Fachschulwesens für technische Schulen.
28. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Deutschen konzessionierten Abdeckereibesitzer um Aenderung des Entwurfs zum Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Beseitigung von Tierkadavern.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Am Regierungstische: Minister Ruhstrat I Erz.,
Minister Scheer Erz., Geh. Oberregierungsräte v. Finckh
und Calmeyer-Schmedes, Geh. Oberfinanzrat Meyer,
Oberregierungsrat Mühenbecher, Regierungsräte Dr.

Buhlert und Tenge, Regierungsassessoren Hillmer
und Lohse.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den
Herrn Schriftführer Schipper das Protokoll zu verlesen.

(Abg. Schipper verliest das Protokoll der 7. Sitzung.) Sind Einwendungen gegen das Protokoll zu erheben? Es ist nicht der Fall, dann ist das Protokoll genehmigt. Ich bitte nunmehr Herrn Schriftführer Tanzen die Eingänge zu verlesen. (Abg. Tanzen (Heering) verliest die Eingänge.) Ist der Landtag mit den Ueberweisungen einverstanden? Es ist der Fall. Dann ist noch eingegangen ein selbständiger Antrag des Herrn Abg. Tappenbeck, folgenden Wortlauts:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ersucht die Staatsregierung, zu prüfen, ob nicht der Erlaß einer Landesbauordnung sowie die Einrichtung einer Landesbauberatungsstelle und einer Landeswohnungsin-spektion geboten ist.

Will der Landtag diesen Antrag in Betracht ziehen? Es ist der Fall. Dann schlage ich vor, ihn dem Verwaltungsausschuß zu überweisen. Der Landtag ist damit einverstanden. Weiter sind eingegangen: die Ihnen im Druck schon vorliegende Anlage 81. Zu derselben Sache oder wenigstens in derselben Richtung liegt auch eine Petition älterer Lehrer um eine Gehaltszulage vor, und endlich ist eine Anlage 77, die noch nicht verteilt ist, eingegangen. Darin beantragt die Staatsregierung auch eine Aenderung der Gehaltsordnung. Es handelt sich um die Stelle eines Steueramtsassistenten in Oberstein. Ich habe diese drei Gegenstände dem Verzeichnis nicht einverleiben lassen, weil ich zweifelhaft war, wie sie zu behandeln sind und ich nicht annahm, daß der Landtag sich darüber schon heute schlüssig werden könne. Ich möchte vorschlagen, auf die Sache morgen früh zurückzukommen und darüber zu beschließen, ob sie einem schon bestehenden Ausschuß oder einem besonderen Ausschuß zugewiesen werden soll. Ich setze die Beschlußfassung bis morgen früh aus. Dann habe ich mitzuteilen, daß der Veteran Gehring in Wildeshausen, der eine Petition an den Landtag gerichtet hat, die bisher nicht erledigt ist, diese Petition zurückgezogen hat. Der Landtag wird damit einverstanden sein. (Zuruf: Jawohl!)

Dann möchte ich mitteilen, daß in der Registratur verschiedene Stenogramme, die an die Abgeordneten versandt worden sind, noch nicht zurückgeliefert sind. Ich bitte, die Stenogramme möglichst bald der Registratur wieder zurückzuführen, damit die Drucklegung vorgenommen werden kann.

Um Urlaub bittet der Abg. Möller (Osternburg) wegen Krankheit. Der Herr Abg. Müller (Muzhorn) kann wegen seiner Erkrankung in der nächsten Zeit und ebenfalls Herr Abg. Müller (Brake) wegen starker Erkältung an den nächsten Sitzungen nicht teilnehmen. Die drei Herren sind also beurlaubt.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Der erste Gegenstand ist der

Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend abändernde Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts für die freie Hansestadt Lübeck und das Großherzoglich Oldenburgische Fürstentum Lübeck unter dem 29./30. September 1878 abgeschlossenen Vertrage. 1. Lesung. (Anlage 64.)

Der Ausschuß beantragt im Antrag 1, Antrag eines Teils des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Vorlage ablehnen.

Es handelt sich hier um einen ganz kleinen Gesetzentwurf. Aber die Geschäftsordnung schreibt vor, daß ich die Frage stelle, ob in die Einzelberatung eingetreten werden soll, wenn ein Antrag auf Ablehnung oder Annahme des Gesetzes im ganzen vorliegt. Ist der Landtag einverstanden? (Zuruf? Jawohl!)

Dann kommt ein Antrag 2:

Der Landtag wolle dem Entwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall der Annahme des Antrags 2 beantragt ein Teil des Ausschusses im Antrag 3:

Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß das Besoldungsdienstalter des Landgerichtsrats Driver in Lübeck mit Wirkung vom 1. April 1910 ab bis zum 24. Januar 1897 zurückgelegt wird

und im Antrag 4:

Der Landtag wolle in § 37 des Voranschlages der Ausgaben des Fürstentums Lübeck statt 27700 *M* 32500 *M* einstellen.

Ich eröffne nunmehr die Beratung zu allen 4 Anträgen, zum § 1 des Gesetzes und zum Gesetzentwurf im allgemeinen. Herr Regierungsassessor Lohse hat das Wort.

Regierungsassessor **Lohse**: Ein Teil des Ausschusses beantragt, den Gesetzentwurf im ganzen abzulehnen, mit der Begründung, daß der Provinzialrat zu der Vorlage nicht gehört sei. Der Provinzialrat ist zu der Vorlage gehört, allerdings nicht ganz in der Form, in der die Vorlage jetzt vorliegt. Nachher waren noch einige Aenderungen zu der Vorlage erforderlich infolge von Anträgen, die zum Teil von hier aus, zum Teil von Lübeck aus vorlagen. Es ist in der Vorlage ja gesagt, welcher Teil dem Provinzialrat noch nicht vorgelegen hat. Es ist dies der Artikel 24 Absatz 2 und der Artikel 24a. Ich darf vielleicht die gesetzlichen Bestimmungen vorlesen, die für die Mitwirkung des Provinzialrats in der Gesetzgebung gelten. Es heißt im Artikel 112 des Staatsgrundgesetzes:

Für das Großherzogtum besteht ein in einer Kammer vereinigt Landtag.

Außerdem soll in jedem der beiden Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld ein Provinzialrat nach den in der Anlage IV enthaltenen Grundzügen eingerichtet werden. Die näheren Bestimmungen über den Wirkungsbereich der Provinzialräte, sowie über die Wahl und Geschäftsführung derselben wird ein dem im Jahr 1852 zu berufenden Landtage vorzulegendes Gesetz enthalten.

Ueber die Gesetzgebung enthält dann die Anlage IV zum Staatsgrundgesetz die Bestimmung:

Das Gutachten des Provinzialrats ist einzuziehen:

1. Ueber alle Gesetzentwürfe und Verträge mit andern Staaten, welche allein oder doch vorzugsweise Angelegenheiten der Provinz betreffen, und dem Landtage vorgelegt werden.



2. Ueber diejenigen Teile des Voranschlags, welche die Provinz angehen, bevor die Anträge der Provinzialregierung an die Staatsregierung gebracht werden.

Und dann heißt im Gesetz von 1852 der Artikel 16:

Ohne den Beirat des Provinzialrats sollen Gesetze oder Staatsverträge, welche allein oder doch vorzugsweise Angelegenheiten der Provinz betreffen und nach den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes der Mitwirkung des Landtags unterliegen, weder erlassen und abgeschlossen noch verändert oder aufgehoben werden.

Das sind die maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen. Danach hat der Provinzialrat bei der Gesetzgebung nur eine beratende Mitwirkung. Diese beratende Mitwirkung des Provinzialrats kann man sich in der Weise denken, daß dem Provinzialrat nur der wesentliche Inhalt eines Gesetzes, das dem Landtag vorgelegt werden soll, mitgeteilt wird und der Provinzialrat um eine Aeußerung dazu ersucht wird und daß dann nachher erst die Vorlage fertig gestellt und dem Landtag vorgelegt wird. Dadurch würde die gesetzliche Bestimmung, daß der Provinzialrat sein Gutachten über die Gesetzentwürfe abgeben soll, erfüllt sein. Gewöhnlich wird es aber in anderer Weise gemacht, daß die Vorlage vollständig fertig gestellt und dann dem Provinzialrat vorgelegt wird. Nun ist ein Teil des Ausschusses, und zwar die Hälfte, der Ansicht, daß eine Aenderung der Vorlage überhaupt nicht mehr vorgenommen werden könnte. Wenn das richtig wäre, dürften konsequenterweise auch Anregungen des Provinzialrats nicht berücksichtigt werden, denn auch diese bedingen immer eine Aenderung der Vorlage, wie sie dem Provinzialrat vorgelegt ist. Das kann natürlich nicht richtig sein, denn dann würde ja die beratende Stellung des Provinzialrats gar keinen Zweck haben. So wird auch ja tatsächlich die Sache nicht gehandhabt. Es werden wiederholt an Gesetzentwürfen noch nachher Aenderungen getroffen. In der Regel werden allerdings diese Aenderungen erst vorgenommen, nachdem das Gesetz dem Landtag vorgelegt ist. Aber es kann doch keinen Unterschied machen, ob diese Aenderung vor der Vorlegung des Entwurfs vor den Landtag getroffen werden oder nachher. Das Gesetz hätte auch diesmal in derselben Form dem Landtag vorgelegt werden können wie dem Provinzialrat, und dann hätten im Laufe der Verhandlungen von dem Regierungsvertreter Änderungsanträge gestellt werden können, daß das Gesetz die Fassung, wie sie in der Anlage 64 niedergelegt ist, erhalten hätte.

Die Staatsregierung ist der Ansicht, daß die Bestimmungen über die Mitwirkung des Provinzialrats erfüllt sind.

Präsident: Wird das Wort verlangt? Herr Abg. Steenbock hat das Wort.

Abg. **Steenbock:** Ich möchte zu diesen Gründen noch eins hinzufügen. Wenn der Provinzialrat selbst geglaubt hätte, daß er hier übergangen werden sollte, dann hätte er selbst Gelegenheit nehmen sollen, um seine Rechte zu wahren. Und deswegen glaube ich, wir können ruhig den Gesetzentwurf behandeln.

Präsident: Herr Abg. Heitmann hat das Wort.

Abg. **Heitmann:** Meine Freunde und ich können sich der Auslegung des Herrn Regierungsvertreters über die

lediglich beratende Stimme des Provinzialrats nicht anschließen. Wir sind der Meinung, daß in diesem Falle von einer Mitwirkung des Provinzialrats überhaupt nicht geredet werden kann und müssen deshalb grundsätzlich gegen den Antrag stimmen, schon aus dem Grunde, um hier keinen Präzedenzfall zu schaffen. Ich möchte Sie bitten, die Vorlage abzulehnen.

Präsident: Herr Abg. Driver I hat das Wort.

Abg. **Driver:** Ich kann den Erklärungen der Regierung nur in allen Punkten beitreten. Der Artikel 16 des Gesetzes von 1852, der hier hauptsächlich in Betracht kommt, hat wohl kaum eine andere, als instruktionelle Bedeutung. Die Nichtbeachtung hat keine Ungültigkeit zur Folge. Ueber die Nichtbeachtung können die gesetzgebenden Faktoren hinwegsehen. In diesem Fall ist die teilweise Nichtbeachtung um so weniger bedenklich, als diejenigen Bestimmungen, über welche der Provinzialrat nicht gehört ist, keine wesentliche Bedeutung haben. Der Vorlage der Regierung werde ich zustimmen.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung zum § 1, eröffne sie zum § 2, zum § 3. Das Wort ist nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den ersten Antrag „Der Landtag wolle die Vorlage ablehnen“. Ich bitte die Herren, die diesen Antrag 1 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist abgelehnt. Kommt nunmehr der Antrag 2: „Der Landtag wolle dem Entwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen“. Ich bitte die Herren, die diesen Antrag 2 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Antrag 3, ich habe ihn vorhin verlesen: „Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß das Besoldungsdienstalter des Landgerichtsrats Driver in Lübeck mit Wirkung vom 1. April 1910 ab bis zum 24. Januar 1897 zurückgelegt wird“. Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Auch der ist angenommen. Antrag 4: „Der Landtag wolle in § 37 des Voranschlags der Ausgaben des Fürstentums Lübeck statt 27 700 *M* 32 500 *M* einstellen“. Ich bitte die Herren, die den Antrag 4 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

Damit ist die erste Lesung dieses Gesetzentwurfs erledigt. Anträge zur zweiten Lesung bitte ich bis Februar 8 morgens 9¹/₂ Uhr herzugeben.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der selbständige Antrag des Abg. Hug, betreffend die Teuerung, der Ihnen vorliegt und dessen Verlesung ich vielleicht unterlassen darf. Der Landtag ist damit einverstanden? Ich eröffne die Beratung zu diesem selbständigen Antrag und gebe das Wort dem Herrn Antragsteller Abg. Hug.

Abg. **Hug:** W. H.! Ich habe vor Weihnachten, als wir hier zusammen waren, zuerst bedauert, daß mein Antrag nicht mehr zur Verhandlung kommen konnte. Ich habe mich aber mit der Verzögerung dann ausgeöhnt und das umso mehr, als ich nunmehr enthoben bin, nachzuweisen, daß eine Teuerung überhaupt besteht. Vor Weihnachten hätte ich

das müssen, nachdem ich hier vom Regierungstisch, und zwar leider von einem Beamten, dem ein Heer von Beamten und Arbeitern untersteht, gehört habe, der Begriff Teuerung sei außerordentlich übertrieben und nachdem ich von Grundbesitzern gehört habe, wie könne man überhaupt von einer Teuerung reden, wo die Ferkel nur 5 *M* das Stück kosten. In jenem Stadium hätte ich allerdings nachweisen müssen, daß eine Teuerung besteht. Nachdem nun in der Thronrede bei Eröffnung des preußischen Landtags klipp und klar erklärt worden ist, es besteht eine Teuerung, nachdem ich heute früh auf meinem Tisch die Vorlage 81 fand, da habe ich gefunden, daß man überall, allerorts anerkennt, eine Teuerung ist vorhanden, brauche ich den Beweis darüber nicht mehr zu führen. Aber ich muß nachweisen, daß die Ursache dieser Teuerung in der Wirtschaftspolitik liegt und daß, wenn man die Teuerung beseitigen oder sie mildern will, man nur die Wirtschaftspolitik im deutschen Reich ändern muß. Man wird nun sagen: „Das ist doch Sache der Reichsregierung und des Reichstags! Warum hältst du die Geschäfte des Landtags damit auf?“ *M. H.!* Ich bin nicht schuld daran, sondern schuld daran ist der Vertreter der Reichsregierung, der bei Behandlung dieser Frage im Reichstag diejenigen, die Abhilfe verlangten, auf das kommunale Gebiet verwiesen hat. Es kann der Teuerung für Beamte und Staatsarbeiter abgeholfen werden durch die Erhöhung der Gehälter und Bezüge. Das soll ja auch durch die Vorlage 81 geschehen. Aber diese Gehaltserhöhung wegen der Teuerung muß aufgebracht werden von den Steuerzahlern. Die Steuerzahler, die keine Beamte und Festbepfandete sind, die leiden unter der Teuerung eben so sehr wie jene. Und da nützt die Verweisung auf die Hilfe der Kommune einfach nichts. Sie kann so lange nichts nützen, als den Kommunen infolge der Wirtschaftspolitik es unmöglich gemacht wird, ihre Eingefessenen billiger mit Nahrungsmitteln zu versorgen, als es durch die gewöhnliche wirkliche Wirtschaftsweise möglich ist. *M. H.!* Es heißt geradezu Münchhausen-Kunststücke verlangen, wenn unter der jetzigen Wirtschaftspolitik die Kommunen Abhilfe schaffen sollten für die Teuerung. Denn überall da, wo es geschehen ist, hat sich gezeigt, daß mit dem Eintreten der Kommune gerade die Nahrungsmittel, auf die es ankam, auch mit im Preise in die Höhe schnellten. Viele Kommunen wollten z. B. Fische besorgen; sofort schnellten sie in die Höhe. Es wurde versucht, Kartoffeln im großen einzukaufen. Sofort zog auf dem Marke der Preis der Kartoffeln an. Kurzum, die Tatsachen haben gezeigt, daß, so lange dies Hochschutzzollsystem besteht, an eine Beseitigung oder Milderung der Wirkung der Teuerung durch die Kommunen nicht zu denken ist. Das hätte man sich im Bundesrat, in der Reichsregierung sagen müssen. Und weil kein Bundesratsmitglied aus einem anderen Bundesstaat außer Preußen das gesagt hat, so ist es eben notwendig geworden, daß hier in den Parlamenten der Bundesstaaten zum Ausdruck zu bringen, wie die Vertreter der großen Masse des Volkes über dies Wirtschaftssystem denken. *M. H.!* Es ist richtig, daß die Teuerung eine internationale Erscheinung ist. Aber es ist wiederum Tatsache, daß in all den Ländern, in denen das Hochschutzzollsystem besteht, die Teuerung ganz außerordentlich höher ist als in denen, wo ein gemäßigtes Zollsystem

oder wo Freihandel herrscht, und da behaupte ich, daß an dieser Teuerung, unter der wir in Deutschland ebenso leiden wie in den Ländern, die ähnliche Hochschutzzollsysteme haben, daß an dieser Teuerung der Zolltarif von 1902 schuld ist. *M. H.!* Es ist sicher etwas schwierig, das zahlenmäßig immer nachzuweisen, weil ja auch die Prosperität, der Ertrag der Ernten mitspricht. Aber wenn man nicht ein Jahr dem andern gegenüberstellt sondern einen gewissen Zeitraum mit dem andern vergleicht, dann bringt die Statistik es doch klipp und klar fertig, den bündigen Nachweis zu führen. Wenn man z. B. ganz objektiv die Veränderung der Preise vom Jahre 1906 bis 1910 gegenüber stellt der Veränderung der Preise vom Jahre 1901 bis 1905, so zeigt sich klipp und klar, daß vom Jahre 1905, wo der Zolltarif von 1902 anfang zu wirken, die Preise all der Lebensmittel, die davon betroffen worden sind, in die Höhe gestiegen sind bis 1910 und bis heute. Der Herr Präsident gestattet wohl mit Zustimmung des Landtags, daß ich ein paar Zahlen verlese. (Präs.: Der Landtag wird einverstanden sein.)

Im Jahre 1906 bis 1910 war der Roggen in Berlin um 23 *M* gestiegen, der Weizen um 22 *M*, der Hafer um 22,5 *M*. Er war teurer um diesen Betrag als auf dem Weltmarkt. Das zeigt sich, wenn man die Bülle von 1901 und nachher von 1904 in Betracht zieht. 1891 betrug der Zoll 35 *M* beim Roggen, 1902 50 *M*, ein Plus von 15 *M*. Gestiegen ist aber der Preis um 23 *M*. Beim Weizen betrug der Zoll 1891 nur 35 *M*, 1902 55 *M*, ein Plus von 20 *M*. Unterschied zwischen Weltmarktpreis und Börse in Berlin 22 *M*. Hafer 1891 20 *M*, 1902 40 *M*, ein Plus von 20 *M*. Also worauf es ankommt: Wenn man die Vergleichen in der Steigerung der Preise vornimmt, findet man, daß die Zollerhöhung voll und ganz zum Ausdruck gekommen ist. *M. H.!* Es ist immer bis auf die heutige Zeit hinein behauptet worden, daß das Ausland den Zoll trüge. Das System der Einfuhrscheine hat diese Legende vollständig zerstört. Denn der Einfuhrschein macht die Ausfuhr von Roggen vorteilhaft. Es wird einfach solange ausgeführt, bis der innere Preis des Roggens den Weltmarktpreis um die volle Höhe des Zolles übersteigt. Und wenn die Tatsache festgestellt ist, braucht man sich über die Ursache der Teuerung nicht mehr zu wundern. Das Einfuhrscheinsystem wird zu einer Ausfuhrprämie für Getreide. Das, was ich hier nur auszugsweise vorgeführt habe, das finden Sie belegt im Vierteljahrsheft der Statistik des deutschen Reiches.

Bei den Fleisch- und Viehpreisen ist das ebenso. Auch dort kann man das in dem angeführten Buch nachschlagen. In Berlin sind von 1906 bis 1910 100 Kilo lebend Rindfleisch um 10,5 *M* gestiegen, in Kopenhagen nur um 5,4 *M*, Kalbfleisch im Lebendgewicht in Berlin um 24,6 *M*, in Kopenhagen nur um 11,3 *M*, Schweinefleisch in Berlin um 26,3 *M*, in Kopenhagen nur um 20,6 *M*. Die Fleischpreise werden behandelt in einem sehr interessanten Artikel des Dr. Teska im Novemberheft der Konradschen Jahrbücher. Und die Konradschen Jahrbücher können nicht so abgetan werden wie die Darlegungen des Prof. Brentano, obschon auch dem bitter unrecht geschieht. In diesem Novemberheft weist Dr. Teska nach, daß in Berlin das Rindfleisch seit 1904 bis 1910 um 30 Prozent gestiegen ist, in



London nur um 6 Prozent, da weist er nach, daß das Kalbfleisch in Berlin um 24 Prozent gestiegen ist, in London nur um 6 Prozent; das Hammelfleisch ist in Berlin um 12 Prozent gestiegen, in London dagegen ist es um 5 Prozent gefallen. Er weist nach, daß in Berlin die billigen Fleischsorten um 33 bis 45 Prozent teurer geworden sind. Nun wende man nicht nachher ein, diese Feststellungen gelten für Berlin. Nein, das ist ein allgemeines Preisniveau. Und wenn man objektiv sein will, wird man sagen müssen, daß gerade der kleine Mann in Berlin billiger kaufen kann als in irgend einem Ort. In London und am englischen Markte sind die Preise um 14 Prozent bei billigen Fleischsorten gestiegen, bei einzelnen sind sie gefallen. Die Butter ist seit 1904 um 20 Prozent gestiegen. Das Kaiserliche Statistische Amt hat im vorigen Jahre auch die Lage der Beamten untersucht durch das Einfordern von Wirtschaftsrechnungen. Da habe ich nur eine herausgegriffen. Es ist die Rede von einer höheren Beamtenfamilie, die im Jahre 1904 aus 5 Köpfen bestand, 1907 bis 1910 aus 7 Köpfen. Diese höhere Beamtenfamilie hat für Nahrungs- und Genussmittel im Jahre 1904 ausgegeben 1567 *M.*, 1907 2670 *M.*, 1910 2770 *M.* Wenn man nun auch berücksichtigt, daß die Kinder 1904 bis 1907 kleiner gewesen sind, so ist doch festgestellt vom Kaiserlichen Statistischen Amte, daß dem Beamten auf den Kopf seiner Familie diese im Jahre 1904 auf 313 *M.* zu stehen kam, 1907 auf 381 *M.*, 1910 auf 396 *M.*, daß die Ausgaben für diese Lebenshaltung gestiegen waren um 21 bis 23 Prozent. Das ist bei einem höheren Beamten, der ein verhältnismäßig gutes Gehalt hat. Wir haben auch hier ja gehört von Herren, die in dieser Sphäre leben, daß es hier Beamten gäbe, die geradezu 1000 bis 1500 *M.* im Jahre zulegen müßten, um anständig leben zu können. Ich wiederhole, denen kann man abhelfen durch Gehaltserhöhung. Aber den andern, die keine Beamte sind, denen man keine Gehaltzulage aus Steuern geben kann, denen kann nicht anders geholfen werden als durch Aenderung dieser Wirtschaftspolitik. Es würde zu weit führen, wenn ich im einzelnen weiter ausführen wollte. Ich will nur sagen, der ganze Fortschritt unserer Kultur wird durch die künstliche Verteuerung der Lebensmittel einfach ausgetilgt. *Z. B.* der technische Fortschritt im Mäckergerbergewerbe kommt durch die Wirtschaftspolitik und durch den Zusammenschluß des Großkapitals nicht den Konsumenten, sondern lediglich den Produzenten zugute. Das Hochschutzzollsystem fördert — das behaupte ich — nicht die Produktivität der Landwirtschaft, sondern es hemmt sie geradezu. Es bewahrheitet sich das Wort von Goethe: „Verstand wird Unsinn, Wohlstand Plage“. Wenn ein Überfluß ist von irgend welchen Erzeugnissen, da jammert die Menschheit und errichtet Zölle, um diesen Überfluß zu beseitigen. Was anders ist die Klage, die wir heute hören von dem Standpunkte der Produzenten über die Billigkeit des Schweinefleisches, über den Überfluß an Schweinen? Man hat sogar zu dem Mittel greifen wollen, die Fruchtbarkeit der Schweine zu besteuern. Das geschah in der Gegend, wo unsere schärfsten Verteidiger dieses Wirtschaftssystems wohnen, in der Heimat des Herrn Abg. Müller (Ruhhorn), der leider heute nicht da ist. Man beabsichtigte die Zunahme der Schweine zu verhindern durch die Einführung einer

Kopfsteuer auf Schweine. Ein Vertreter der Regierung ist auch dabei gewesen. Der war vernünftig genug, zu sagen, das geht nicht. Man hat die Sache der Landwirtschaftsgesellschaft überwiesen. Was dabei herausgekommen ist, weiß ich nicht.

M. H.! Diese angeblich bewährte Wirtschaftspolitik wollen die Regierungen erhalten. Die Parlamente aber, das Volk, müssen sie nieder kämpfen. Das ist der Zweck unseres Antrages. *M. H.!* Die Jagd nach dem mittleren Preise hat vollständig versagt. Ich habe das wiederholt bei ähnlichen Anlässen behauptet. Man verlangt nicht mehr und nicht weniger als einen mittleren Preis, bei dem Produzent und Konsument ihre Rechnung finden. Der kapitalistische gewerbsmäßige Betrieb wirkt in der Landwirtschaft bei der Schweinezucht gerade so wie auf dem Gebiete der Industrie. Das Ferkeln der Schweinemütter läßt sich eben nicht verbieten, auch nicht durch Gesetz. (Heiterkeit.) Da gibt es nur ein Gesetz, und das ist das Naturgesetz. (Heiterkeit.) Wenn die Möglichkeit wäre, dann allerdings würde man das durch Gesetz regulieren. So aber muß man sich mit dem Zustand, mit der Wirkung von Angebot und Nachfrage abfinden. Wenn die Schweine und die Ferkel gering an Zahl sind, dann steigt der Preis der Ferkel und des Schweinefleisches. Dann wird darauflosgezüchtet, und nach einem Jahre ist das Gegenteil der Fall, und kann man für fünf Mark kein Ferkel mehr loswerden. Also ich will damit nur sagen: Wer behauptet, daß dies Hochschutzzollsystem ein Mittel sei, um Produktion und Konsumtion zu regeln, der irrt sich, wenn er wirklich daran glaubt.

Dies Zollwirtschaftssystem haben jüngst in den letzten Wochen bei der Reichstagswahl in Oldenburg 50 400 Wähler verurteilt. 28 652 Wähler haben ihm zugestimmt. Zweidrittel des Volks ist dagegen. Will die Regierung die Stimmen zählen und nicht wiegen und so wiegen, daß sie die wenigeren Stimmen für schwerer hält als die anderen, dann muß sie sich dem Botum des Landtags, wenn er meinen Antrag annimmt, anschließen und im Bundesrat, soweit sie ein Stimmrecht hat, dahin wirken, daß diese Zollwirtschaftsgesetzgebung, dies Hochschutzzollsystem beseitigt wird, um dadurch auch die künstliche Teuerung mit zu beseitigen.

Im einzelnen will ich kein Wort hinzufügen, indem ich annehme, daß in der Debatte das, was ich nicht gesagt habe, noch gesagt wird. In dem Antrag sind Wege gezeigt, auf denen man die Wirkung dieser Wirtschaftspolitik abschwächen kann. Wenn die Teuerung, wie gezeigt, so drückend wirkt auf das Budget der Beamten, dann können Sie sich eine Vorstellung machen, wie sie drückt auf das kleine Budget der Arbeiter. Die Teuerung ist noch verschärft worden durch den Mißwachs im vorigen Jahre. Dadurch ist veranlaßt, daß ein Ersatz durch andere, durch die Zollpolitik noch nicht verteuerte Lebensmittel auch nicht vorhanden ist. Wer das begreifen kann, fühlt und weiß, der muß wünschen, daß zum allgemeinen Besten sobald wie möglich diese Wirtschaftsgesetzgebung beseitigt wird. (Bravo!)

Präsident: Se. Excellenz Herr Minister Ruhstrat hat das Wort.

Minister Ruhstrat I: *M. H.!* Ich will nur mit wenig Worten die Stellungnahme der Staatsregierung hier



festlegen. M. H.! Ich gebe ja vollständig zu, daß wir leider unter einer Teuerung zur Zeit leiden, und zwar unter einer erheblichen Teuerung. Ob aber, wenn man anfinge, die Zölle abzubrockeln oder gar aufzuheben, eine derartig wesentliche Aenderung eintreten würde, daß wirklich auch die kleineren Leute davon einen großen Vorteil haben würden, das mag dahingestellt bleiben. Ich erinnere dabei nur daran, daß wir trotz teilweise sehr unangenehm niedriger Viehpreise immer sehr unangenehm hohe Fleischpreise gehabt haben und jetzt auch noch haben. (Sehr richtig!) M. H.! Davon aber abgesehen. Als ich Mitte der siebziger Jahre von der Universität kam, war ich auch vollgejogen von den damals allein auf den deutschen Hochschulen herrschenden Lehren des Freihandels. Und ich habe damals auch geglaubt, daß man die 1879 eingeschlagene Politik des Fürsten Bismarck verurteilen müsse und sich gegen die damals zunächst eingeführten Zölle erklären müsse. Im Laufe der Zeit habe ich, wie ich offen bekennen muß, meine Ansichten geändert und glaube, daß die damals eingeschlagene Politik für das deutsche Volk segensreich gewesen ist, daß sie überhaupt gar nicht zu vermeiden war. Denn damals stand die Landwirtschaft an der Grenze des Ruins in großem Umfang, und die Industrie konnte nicht mehr konkurrieren mit der Industrie des Auslandes. Das ist durch diese Zollpolitik geändert. Wir haben seitdem ein ganz erhebliches Aufblühen nach allen Richtungen in der Landwirtschaft und Industrie gehabt. Und wenn wir jetzt da abbröckeln würden und diese Schutzzölle aufheben wollten, so würde das nach Auffassung der Staatsregierung ein so großes Desaster geben, daß wir alsbald nicht eine Verbesserung der Lebenshaltung besonders der kleineren Leute und Arbeiter erreichen würden, sondern wir würden erleben, daß Industrie und Landwirtschaft zurückgingen, daß ein großer Krach entstände und daß Zehntausende von Arbeitern alsbald auf der Straße liegen würden. Dazu können wir die Hand nicht bieten. Wir glauben im Gegenteil, daß wir das jetzige Wirtschaftssystem im großen ganzen beibehalten müssen. Insbesondere können wir nicht die Hand dazu bieten, etwa die Landwirtschaftszölle abzuschaffen und die Industriezölle beizubehalten oder umgekehrt. Denn das hängt untrennbar miteinander zusammen. Soweit sich etwa im einzelnen Erleichterungen schaffen lassen, so sind wir selbstverständlich jederzeit dabei, Erleichterungen zu schaffen. Im großen ganzen aber glaube ich, daß wir dabei bleiben müssen, Landwirtschaft und Industrie hochzuhalten im Interesse des ganzen Landes und nicht am wenigsten im Interesse der Arbeiter. (Bravo!)

Präsident: Herr Abg. Driver II hat das Wort.

Abg. Dr. Driver: M. H.! Ich kann es dem Herrn Abg. Hug nachfühlen, daß sein Antrag nicht schon vor Weihnachten hier zur Beratung gekommen ist. Denn der Antrag verfolgt doch einen gar zu durchsichtigen Zweck. Den Wählern sollte begreiflich gemacht werden, es sollte ihnen vor Augen geführt werden: „Seht mal, was sind wir Sozialdemokraten doch für famose Kerle! wir wollen euch billiges Brotgetreide verschaffen, wir wollen euch billiges Fleisch und billige Futtermittel verschaffen“. Ob das durchführbar und ob die Landwirtschaft rentabel dabei bleibt,

das steht auf einem ganz anderen Blatt. Aber eins vermischen wir im Antrag Hug, was sonst auch zu den von der Sozialdemokratie empfohlenen Mitteln gehört, nämlich die Deffnung der Grenzen, um Vieh und Fleisch hereinzulassen. Davon steht merkwürdigerweise in dem Antrag nichts. Und ich habe auch nachgedacht, wie kommt es wohl, daß Herr Hug diesmal diesen Punkt nicht mit aufgenommen hat? (Zuruf: Punkt 4!) Ich habe Punkt 4 so aufgefaßt, daß er sich beziehen sollte auf das Einfuhrscheinsystem. Sonst haben Sie sich dunkel ausgedrückt. Warum sprechen Sie, Herr Hug, nicht einfach von Deffnung der Grenzen, statt von Aenderung des Einfuhrsystems?

Der Antrag Hug gehört seinem Inhalt und seinem ganzen Wesen nach vor den Reichstag, und dieselbe Materie ist dort im vorigen Jahre an drei Tagen im Oktober ausgiebig verhandelt. Die Parteien haben Interpellationen eingebracht, wie der Reichskanzler sich stelle zu der bestehenden Teuerung, und der Reichskanzler hat darauf im Namen der verbündeten Regierungen geantwortet. Er hat gewisse Erleichterungen in Aussicht gestellt, Frachtermäßigungen, Aenderung des Einfuhrscheinsystems dahin, daß die Scheine nunmehr drei Monate Gültigkeit haben, ferner, daß sie nicht für Kaffee und Petroleum verwendet werden sollten. Aber im allgemeinen konnte er keine erheblichen Erleichterungen in Aussicht stellen. Er hat aber erklärt, daß er an den bewährten Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik unbedingt festhalte. Die Herabsetzung der Zölle auch nur für eine vorübergehende Zeit würde der Landwirtschaft nur Schaden, den Konsumenten aber — wie der Herr Minister auch soeben bereits gesagt hat — keinen Nutzen bringen.

M. H.! Was soll nun diese Teuerungsdebatte hier im Landtag? Sie ist nach meiner Ansicht lediglich ein Schlag ins Wasser. Denn, glauben Sie wirklich — Sie haben das Gegenteil auch schon vom Ministertisch gehört — glauben Sie wirklich, daß unsere Staatsregierung, selbst wenn der Antrag Hug angenommen würde, dem in irgend einer Weise Folge leisten würde? Der Antrag würde ganz bestimmt in den Papierkorb wandern. Und selbst wenn unsere Staatsregierung den Bundesratsbevollmächtigten in Bewegung setzen wollte, glauben Sie, das angesichts der ganz bestimmten Erklärung des Reichskanzlers am 25. Oktober vorigen Jahres, daß an dem bisherigen Schutzollsystem festgehalten werden solle, glauben Sie, daß die eine Stimme Oldenburgs im Bundesrat gegenüber den anderen 60 Stimmen irgend welchen Einfluß haben könnte? Nein, meine Herren, geben wir uns doch keiner Selbsttäuschung hin. Wir verzögern durch diese nutzlose Debatte nur unsere Geschäftsführung. Und ich sehe es kommen, wenn es so weiter geht, werden wir auch in den drei Wochen, die der Landtag noch einberufen ist, nicht fertig werden. (Zwischenruf.) Ich werde mich kurz fassen, Herr Hug, und ich werde nicht so lange reden, wie Sie es getan haben. Ich will nicht auf die Einzelheiten des Antrags eingehen, denn alles, was darin steht, ist schon im Reichstag gesagt. (Zuruf: Haben Sie das alles durchgelesen?) Jawohl! Vor mir habe ich die stenographischen Berichte über die Reichstagsverhandlungen. Wer sich dafür interessiert, dem stelle ich sie gern zur Verfügung.

M. H.! Daß eine Teuerung besteht, ist ganz unleugbar.



Es sind die Lebensmittel sämtlich gestiegen. Die Teuerung besteht aber nicht bloß für Lebensmittel, sondern es besteht eine allgemeine Preissteigerung. Und die Gründe? M. H.! Ueber diese ist Herr Hug sehr rasch hinweggegangen. Sie liegen nämlich auf einem Gebiete, auf dem wir nichts machen können. Der Grund der allgemeinen Teuerung ist zu suchen in der Trockenheit und Dürre des vorigen Jahres. Es ist eben zu wenig gewachsen. Das ist eine bekannte Tatsache, die man nicht aus der Welt schaffen kann. Und wenn zu wenig Produkte gewachsen sind, dann ist es naturgemäß, daß dann die Nachfrage größer wird als das Angebot, und dies hat notwendig ein Steigen der Preise zur Folge. Die Dürre des vorigen Jahres ist in erster Linie der Grund der bestehenden Teuerung. Hinzu kommt dann noch, daß die Spekulation sich in unverantwortlicher Weise diese allgemeine Teuerung zu nutze gemacht und sie weidlich ausgenutzt hat. Sonst wäre es gar nicht zu erklären, weshalb der Kaffee im Preise gestiegen ist. Und endlich hat auch die agitatorische Presse vor den Reichstagswahlen durch ihr Geschrei über die Teuerung preis-schärfend, nicht preis-drückend gewirkt. Das sind im wesentlichen die Gründe der bestehenden Teuerung und an ihnen können wir gar nichts ändern. Jeder muß sich damit abfinden und seinen Haushalt möglichst danach einrichten. Die am schlimmsten daran sind, das sind die Beamten. Sie können ihre Lage überhaupt nicht verbessern. Kaufleute und Handwerker erhöhen ihre Preise. Die Arbeiter stellen höhere Lohnforderungen.

Die Teuerung besteht nicht nur in Deutschland, sondern auch in Holland, Belgien, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, in den Vereinigten Staaten und auch in England, also in einem Lande, wo das reine Freihandelsystem gilt. Und ich bestreite Herrn Hug auf das allerentschiedenste, daß die Teuerung in England weniger scharfe Formen angenommen hat als hier. Gerade das Gegenteil ist der Fall. In England ist das Leben gerade so teuer, wenn nicht noch teurer, als bei uns in Deutschland. Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß die Abschaffung oder die Suspension der Zölle nur ein Versuch mit untauglichen Mitteln sein würde. England als Freihandelsland hat eine ebenso enorme Teuerung zu verzeichnen, wie wir in Deutschland. Ich stimme dem Herrn Minister durchaus zu, daß die Landwirtschaft unrentabel gemacht werden würde, wenn das bisherige Schutzollsystem aufgegeben würde, unter dessen Herrschaft Handel und Verkehr, Industrie und Landwirtschaft sich außerordentlich günstig entwickelt haben. Industrie und Landwirtschaft waren ja — das ist auch schon hervorgehoben — Ende der siebziger Jahre in eine solche Krisis gelangt, daß es unbedingt, wenn wir an dem Freihandelsystem festgehalten hätten, zu Katastrophen geführt haben würde. Die Landwirtschaft aber rentabel zu erhalten durch angemessene Zölle, das muß das Bestreben der Reichsregierung sein. Und wenn Herr Hug hier dagegen ins Feld führt, daß bei der letzten Reichstagswahl im Oldenburger Lande zwei Drittel der Wähler gegen das jetzige Wirtschaftssystem sich erklärt hätten, so verschlägt das nicht viel. Denn die breite Masse des Volkes kann sich unmöglich in so schwierige Fragen, wie die der Wirtschaftspolitik,

hineinarbeiten. Die breite Masse der Wähler folgt eben der Presse und ihren Führern. (Abg. Tanzen [Heering]: Ist das bei Ihnen anders?)

Ich würde dem Herrn Abg. Hug empfehlen, hier nicht so großzügige Mittel in Vorschlag zu bringen, um der Lebensmittelteuerung abzuhelfen, die Erörterung derselben vielmehr dem Reichstag zu überlassen, und sich mehr auf etwas lokalere Mittel zu beschränken entsprechend unserer Stellung, die wir als Kleinstaats doch im deutschen Reiche einnehmen. M. H.! Ein solches kleines Mittel, um die außerordentlich große Spannung zwischen den Viehpreisen und den Fleischpreisen einigermaßen wieder ins rechte Verhältnis zu bringen, würde sein, wenn man das von den Laienfleischbeschauern untersuchte Fleisch vom Lande in die Städte, die Schlachthöfe haben, also in die Städte Oldenburg und Münsterlingen hineinließe, ohne es einem nochmaligen Untersuchungszwange auf dem Schlachthof zu unterwerfen. Dies Thema haben wir vor 4 bis 5 Jahren hier schon mal eingehend erörtert. Es ist bekannt, daß der Markt in Oldenburg der allgemeine Preisregulator ist in bezug auf Fleisch auch für die Fleischpreise im Lande, wenigstens in den meisten Teilen unseres Herzogtums. Wenn wir also die Fleischpreise in Oldenburg auf dem Markte drücken und sie in Einklang bringen können mit den Viehpreisen, dann würden wir uns, glaube ich, den Dank der breiten Masse des Volkes, der Konsumenten, erwerben. Man sollte meinen, daß der Herr Abg. Hug in diesem Punkte entschieden sich auf den Standpunkt gestellt hätte, daß die Erschwerung der Fleischeinfuhr durch die nochmalige Untersuchung des Fleisches auf dem Schlachthof wegfallen müßte, denn eine Erschwerung ist es ganz unleugbar. Die Landleute und Schlachter vom Lande werden dadurch eben abgehalten, ihr Fleisch auf den Markt nach Oldenburg zu bringen, weil sie in aller Frühe schon zum Schlachthof müssen, um dort ihr Fleisch untersuchen zu lassen. Aber weit gefehlt m. H.! Herr Hug vertrat damals den Standpunkt der zweimaligen Untersuchung des Fleisches, einmal vom Laienfleischbeschauer und zum zweitenmal auch noch auf dem Schlachthof. Als Gründe wurden angegeben sanitäre Gründe, die Laienfleischbeschauer böten nicht die genügende Gewähr dafür, das Fleisch so zu untersuchen, wie ein Schlachthofdirektor auf dem Schlachthof. Aber m. H., geglaubt haben wir ihm das nicht alle. Denn es drängte sich uns dabei der nahe liegende Gedanke auf, daß Münsterlingen sowohl wie die Stadt Oldenburg doch sehr ungern die Schlachthofgebühren missen wollen. (Abg. Tappenbeck: Davon hat sie keinen Pfennig!) Das gibt sie allerdings für andere Zwecke wieder aus. Aber sie hat eine erhebliche Einnahme daraus. (Abg. Tappenbeck: Keinen Pfennig!) Es ist damals festgestellt im Landtag, soweit ich mich erinnere, daß die Stadt Oldenburg erhebliche Summen als Schlachthofgebühren für die Untersuchung des von auswärts eingeführten Fleisches bezieht, und auf sie will die Stadt natürlich nicht verzichten. Ich meine, in diesem Punkte sollte Herr Hug uns beitreten, und das würde zur Folge haben, daß wir hier im Oldenburger Lande billigere Fleischpreise bekämen. Wenn er sich zu dieser Ansicht bekehren wollte, dann kann er sicher sein, dann wird die Rechte des Landtags ihm zustimmen.



Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort.

Abg. Tanzen: M. H.! Ich kann im Namen der Mitglieder der liberalen Vereinigung die Erklärung abgeben, daß wir mit der Tendenz des Antrages Hug einverstanden sind und daß wir daher für den Antrag Hug stimmen werden. M. H.! Ich sagte, mit der Tendenz des Antrages Hug einverstanden, weil selbstverständlich in einer Frage, die ein so ungeheuer großes Gebiet umfaßt, über jede Einzelheit nicht volle Uebereinstimmung herrschen kann. Wir sind aber einig darin, daß es unsere Pflicht ist, hier im oldenburgischen Landtage die Teuerung zur Sprache zu bringen. Wenn wir der Meinung sind, daß weiter diese Teuerung nur zu einem kleinen Teil auf natürliche Ursachen: Trockenheit und Seuche, beruhen, zu dem größten und anhaltendsten Teile aber in unserer falschen Zoll- und Wirtschaftspolitik liegen, so mußte der Antrag formuliert werden, wie er formuliert worden ist.

M. H.! Wenn dann von einzelnen Seiten angedeutet wurde, daß hier im Landtag ja deshalb die Angelegenheit nicht zur Sprache kommen könnte, weil wir hier nicht über Handelsverträge und Zölle entscheiden, so wissen wir das zwar auch, wir wissen aber ferner, daß wir einen Vertreter im Bundesrat haben, der im Bundesrat mit beteiligt ist, wir wissen ferner, daß die Verhandlungen im Bundesrat geheim sind, und wir können infolgedessen gar nicht erfahren, wie unser Vertreter im Bundesrat sich zu dieser Frage stellt. Wenn wir das wissen wollen, müssen wir die Staatsregierung fragen und das wollen wir hier tun und haben wir getan. M. H.! Es ist auch kein Grund, zu sagen, daß wir nur eine Stimme im Bundesrat haben und diese Stimme von geringer Bedeutung sei, denn es kommt nicht allein auf die Zahl der Stimmen an, sondern dabei kommt es sehr auf das Gewicht der Gründe an. (Sehr richtig!) Also möchte man einen Bundesratsbevollmächtigten wählen, der der Mehrheit Preußens im Bundesrat mit seinen besseren Gründen gewachsen ist.

M. H.! Ich erinnere Sie dabei an den Vorfall, der vor 30 Jahren in den Beginn der Schutzzollpolitik fiel, als Bremen als Sachverständigen den damaligen Syndikus der Handelskammer Barth nach Berlin schickte und der allmächtige Bismarck Bremen zu sagen sich das Recht nahm: Nehmt mir den unbequemen Mann weg. Und dieser Mann hatte nicht einmal eine Stimme, sondern nur gute Gründe gegen die beabsichtigte Wirtschaftspolitik.

M. H.! Außerdem fühlen wir uns doch, und das muß zum Ausdruck kommen, als die Vertreter des gesamten Volkes. Wir sind der Meinung, daß wir dem Volke gegenüber verpflichtet sind, hier zum Ausdruck zu bringen, wie wir über diese eminent wichtige Frage denken. M. H.! Wir fühlen uns dazu umsomehr berechtigt, als die Staatsregierung immer Veranlassung nimmt, bei wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Dingen die Handelskammer und die Landwirtschaftskammer zu fragen, was sie doch nur tut, um sich zu orientieren und ihre Stellung bei der Reichsregierung und dem Bundesrat vielleicht darnach einzurichten. Und da sollten wir als die Vertreter der Gesamtheit aller Berufsstände nicht das Recht haben, uns dazu zu äußern.

Stenogr. Berichte. XXXII. Landtag. 1. Versammlung.

Wir halten nicht die Verhandlungen damit auf, im Gegenteil wir sind der Meinung, daß die Stunden, die wir hierzu gebrauchen, ungeheuer gut angewandt sind. Denn mit ebenso großer Entschiedenheit, wie die Anhänger der Verteuerungspolitik von heute an der Wirtschaftspolitik festhalten, mit ebenso großer Kraft müssen wir dagegen angehen, dabei wissen wir, daß in den nächsten 5 Jahren darüber entschieden wird, wie die Handelsverträge gestaltet werden sollen. Da wird allerdings von der Haupttribüne, vom Reichstage, im wesentlichen entschieden, aber auch von den Nebentribünen, in den Landtagen, müssen Stimmen laut werden, und, meine Herren, gegen die Interessenten der jetzigen Wirtschaftspolitik ist nur anzukommen, darüber ist man sich klar, wenn man den Volkswillen immer mehr organisiert, wenn man Aufklärung hineinbringt und mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringt, was die Mehrheit des Volkes über diese Interessentenpolitik denkt.

M. H.! Wenn dieser Politik der Name einer nationalen bewährten Wirtschaftspolitik gegeben wird, so stehen wir auf dem Standpunkte, daß eine Berechtigung, diese Politik national zu nennen, gar nicht besteht. Wir sind der Meinung und ich werde das in meinen späteren Ausführungen nachzuweisen suchen, speziell für das Oldenburger Land, das nur ein ganz verschwindend kleiner Teil von dieser Wirtschaftspolitik Vorteil hat.

M. H.! Am schlimmsten trifft die Teuerung alle diejenigen, die nur Konsumenten sind und nicht auch gleichzeitig irgend etwas produzieren. Zu diesen Konsumenten gehört neben den Beamten zweifellos die große Menge der Arbeiter und wenn man von der Seite der Beamten sagt und von seiten der übrigen Bevölkerung zustimmt, die Arbeiter können streiken, so wäre es mir ein leichtes nachzuweisen, daß bei weiten Kategorien von Arbeitern, zum Beispiel der Bergindustrie Rheinlands und Westfalens, die Löhne in den letzten Jahren zurückgegangen sind. M. H.! Wir fühlen uns auch als die Vertreter dieser Klasse der Bevölkerung. Wir sind der Meinung, daß auch sie denselben Anspruch an ein auskömmliches Dasein stellen können, wie alle anderen Gruppen, mit denen wir zum Teil persönlich in näherer Fühlung stehen.

M. H.! Die Unzufriedenheit, wie wir sie bei den Reichstagswahlen gemerkt haben, ist, ohne übertrieben zu sein, riesengroß. Es ist mir durchaus verständlich, daß die Gegner sagen, das kommt von der Presse, von der Hege, von der Agitation. M. H.! Eine solche Wirtschaftspolitik, eine solche Zoll- und Steuerpolitik, wie sie im Reiche betrieben wird, die braucht gar nicht unpopulär gemacht zu werden, die hegt für sich selber. (Sehr richtig!) Stellen Sie sich das einmal vor. Wenn nur erzählt wird, auf welche Art und Weise heute die Reichssteuern eingetrieben werden, wie diese Politik auf die Preise aller notwendigen Nahrungsmittel wirkt, da ist es mir psychologisch ganz klar, trotzdem ich es für falsch halte, daß viele Wähler zum roten Stimmzettel greifen. (Heiterkeit.) Wer eine Bekämpfung der Sozialdemokratie will, muß nicht diese Wirtschaftspolitik wollen. Und, m. H., solche Kämpfe über die Wirtschaftspolitik und grundlegende Fragen bei der ganzen Teuerung werden nicht mit Rosenöl ausgefochten, sondern es muß mit aller Energie, mit aller Deutlichkeit und Sachlichkeit immer wieder



darauf hingewiesen werden, wo die großen Fehler und Ungerechtigkeiten dieser Politik stecken.

Das Bestehen einer Teuerung wird anerkannt, aber ich will doch, der Herr Präsident wird mir das mit Zustimmung des Landtages gestatten, im Laufe der Debatte einige Zahlen anführen. (Präsident: der Landtag wird einverstanden sein.) M. H.! Die sämtlichen Gemütlearten sind ganz enorm im Preise gestiegen, wesentlich durch die Trockenheit. Zum Beispiel Erbsen, Qualität 1 bis 3 kosten heute 36 bis 43 M., im Jahre 1909 und 1910 27 bis 32 M. Bei Bohnen, Linsen ist es ähnlich, bei Zucker ist es noch schlimmer. Kaffee, m. H., kostet heute 190 bis 240 M. im Großhandel für den Doppelpentner, gegen 124 bis 144 M. im Jahre 1910. M. H.! Die Roggen- und Weizenpreise sind zwar nur zum Teil noch gestiegen, wenn man aber sagt, daß die Preise heute auf einer mittleren Höhe stehen, so bestreite ich das entschieden. Der Weizen ist im ganzen Jahre 1911 nicht unter 200 M. gefallen die Tonne und hat im höchsten Falle 218 M. gekostet. Der Roggen unterscheidet sich sehr in der Qualität, und ist, soweit süd- und nordrussischer Roggen in Betracht kommt, auf 185 und 210 M. gestiegen. Der deutsche Roggen ist nur etwas billiger, in diesem Jahre wenigstens, weil die Qualität eine vorzügliche ist und es ist das Klassische unserer Wirtschaftspolitik, bei guter Ernte, wo Qualität und Quantum vorzüglich ist, da kriegen nicht die Brotesser den guten Roggen, sondern die dänischen und holländischen Schweine fressen ihn auf Grund unseres wunderbaren Einfuhrscheinsystems, welches in die Wirtschaftspolitik hineingearbeitet wurde. (Zuruf: Vom Freisinn!) Scherwartete den Zwischenruf. M. H.! Als es sich darum handelte, der Landwirtschaft und dem Handel des Ostens zu helfen, da hat man das Einfuhrscheinsystem eingeführt. Aber es war eine ganz neue Einrichtung in der Wirtschaftspolitik der Völker, man konnte die Wirkung nicht übersehen, man tat es in erster Linie im Interesse des Handels der Ostseestädte, im Interesse der östlichen Landwirtschaft, die nicht in der Lage war, das Getreide nach dem Westen zu schaffen. Und dann führte man zunächst ein, daß bei der Ausfuhr von Getreide über die Grenze ein Einfuhrschein auszustellen war, der auf den Betrag lautete, den dasselbe Quantum und dieselbe Art Getreide bei der Einfuhr ins Zollinland zu zahlen hatte. Mit diesem Scheine konnte man den Zoll für dieselbe Getreideart, auf die er bei der Ausfuhr ausgestellt war, innerhalb 6 Monaten bei der Einfuhr bezahlen. Das wurde 1893 bereits geändert. Die Gültigkeitsdauer und die Verwendungsmöglichkeit für Einfuhrscheine wurde ausgedehnt auf alle Getreidearten, Kaffee und Petroleum. Ich erwähne, daß die Frist jetzt kürzlich wieder herabgesetzt wurde auf 3 Monate. Der Herr Minister deutete das schon an und sagte dann weiter, daß es ihm nicht klar sei, welche Wirkung das haben würde. Die Wirkung kann ich dem Herrn Minister schon heute sagen, diese neue Bestimmung hat gar keine Wirkung. Auch das Verbot der Verwendung der Einfuhrscheine für Kaffee und Petroleum hat keine Bedeutung, weil die Einfuhr von Getreide in Deutschland ständig größer ist als die Ausfuhr. So lange wir in Deutschland Getreide nicht so viel produzieren, wie wir konsumieren, müssen die Einfuhrscheine wie Ausfuhrprämien wirken. M. H.!

Und deshalb sage ich auch, daß nach der Einführung der Einfuhrscheine die Getreidepreise und wer das noch bestreiten will, der will es nicht sehen, daß also die Getreidepreise in Deutschland um den vollen Höchstzoll teurer sind, im Vergleich mit allen denjenigen Ländern, wo der Getreidezoll nicht besteht. Selbstverständlich spielen kleine Frachtdifferenzen dabei eine Rolle, aber im großen ganzen können wir doch sagen, sind in Deutschland durch das Einfuhrscheinsystem die Getreidepreise um die Höhe der Zölle in die Höhe getrieben.

M. H.! Dann ist ja eine eigenartige Erscheinung auf dem Fleischmarkte zu beobachten. Wir haben die Trockenheit gehabt und wir haben die Seuche gehabt. Eine Folge der Trockenheit und Seuche müßte sein, daß ein großes Angebot von Vieh stattfindet, ein größeres, wie es man unter normalen Zeiten erwarten könnte, weil ja weite Kreise nicht in der Lage sind, ihr Jungvieh, ihr kaum richtig angemästetes Vieh durchzuhalten bis in bessere Zeiten. Aber was ist die Erscheinung? Auf den vierzig größten deutschen Schlachthöfen sind im Jahre 1911 gegenüber dem Jahre 1910 150 000 Stück Rindvieh weniger auf den Markt gebracht, trotz der Trockenheit, trotz der Seuche, statt 1 470 000 Stück in 1910 1 326 000 Stück in 1911. M. H.! Was für einen Schluß müssen wir daraus ziehen? Den Schluß, daß, wenn wieder normale Verhältnisse Platz gegriffen haben, wenn wir einen guten Futterwachstum aufzuweisen haben, daß die Preise weiter steigen werden, daß sie dabei die jetzigen Preise noch weit übertreffen werden. Wer das will und dann sagt, das liegt im Interesse der Landwirtschaft und da muß die ganze übrige Bevölkerung leiden, der mag die jetzige Wirtschaftspolitik verantworten.

M. H.! Was die Großhandelspreise des Fleisches anlangt, so wird gern bestritten, daß wir hier in Deutschland höhere Preise haben als das Ausland. Ich könnte eine ganze Reihe von Beispielen anführen über die jetzt bestehenden Preise in London, Wien und den anderen außerdeutschen Großstädten gegenüber Berlin. Sie werden überall finden, daß der Preis für Qualitätswaren in Fleisch auf dem Auslandsmarkte ein verhältnismäßig hoher ist, daß die Differenz zwischen der deutschen ersten Qualität und der ersten Qualität in ausländischen Staaten eine verhältnismäßig geringe ist. Sie werden aber weiter finden, daß das Fleisch, was die Minderbemittelten genießen, und das ist das gefrorene Fleisch, im Ausland erheblich billiger ist als in Deutschland. Und, m. H., das liegt im Interesse der Volksernährung. Wir wollen gar nicht das Qualitätsfleisch billiger machen; wenn die Herrschaften, auch hier in Oldenburg, ihr Fleisch vom ersten Schlachter haben wollen und die Hausfrau will es in den Topf geliefert haben und dann ein bestimmtes Stück aus der Mitte des Ochsen, so mögen sie 1,20 M. bis 1,50 M. dafür bezahlen, wenn sie es aber billiger haben wollen, so mögen sie in die Vorstadt gehen, weniger gute Stücke nehmen, da können sie es billiger bekommen. Die Teuerung ist nicht durch den Zwischenhandel entstanden, ein solcher Einwand ist nur zum ganz kleinen Teil berechtigt.

Bei den Schweinepreisen liegt die Sache so, daß mit dem Fallen der Preise auch die Schlachter die Preise herabsetzen können. Trotz des häufigen Steigens und Fallens



der Schweinepreise ist der Schlachter geneigt, möglichst immer auf der Höhe zu bleiben, und doch müßte er den Preis des Schweinefleisches eher ändern können wie den Preis des Rindfleisches, was stabilere Preise hat. Daß alles, was der Schlachter tut, berechtigt ist, behaupte ich nicht, ich stelle aber in Abrede, daß es möglich und recht ist, wenn die Gemeinden aus dem Säckel der Steuerzahler Summen nehmen wollen zur Vinderung der Teuerung. Das wäre ein Mittel, aber das würden die Finanzen keiner Gemeinde auf die Dauer aushalten. Es bleibt für die Gemeinde nur übrig, daß sie eine Organisation trifft, die mit dem Zwischenhandel konkurrieren kann. Es bleibt dann der genossenschaftliche Zusammenschluß. Diejenigen, die sagen, daß das Schweinefleisch viel zu teuer ist, die können es ja mit einer Genossenschaft versuchen, dann stellt sich auch heraus, daß das Schwein nicht nur aus Schinken besteht, sondern auch Kopf und Beine hat, die auch verkauft werden müssen.

M. H.! Die Preisdifferenz zwischen den einzelnen Qualitäten von Fleisch die muß und soll hochbleiben, das liegt gerade auch im Interesse unserer oldenburgischen Landwirte, die Qualitätsvieh züchten, und deshalb bin ich auch nicht der Meinung, daß für unser Qualitätsvieh, für unser Fettvieh, der Preis wesentlich fallen wird, aber wenn man den Minderbemittelten Fleisch verschaffen will, so kann das nicht anders geschehen als in Form von Gefrierfleisch.

Die natürlichen Ursachen sind nun besprochen, aber sie sind doch eigentlich von verhältnismäßig geringer Wirkung gegenüber den Fehlern der Wirtschaftspolitik. Wir haben Trockenheit gehabt und zum Teil macht sich die schädliche Wirkung sehr böse fühlbar. In einem Teil von Oldenburg, im Münsterlande, hat die Trockenheit nicht annähernd so schädlich gewirkt wie in der Marsch. Im Münsterlande hat man neben einer vorzüglichen Getreideernte, neben einem guten Roggen auch noch besseres Gras gehabt wie wir. Ich gratuliere Ihnen aus dem Münsterlande dazu, uns hat es viel schlechter gegangen. Eine Ursache, die auch eine allgemeine Teuerung bringen kann, eine natürliche Ursache, die scheidet ganz aus. Kriegsunruhen haben in den Hauptgetreideexportländern den Verkehr nicht gestört. Die See ist offen gewesen, Seekriege haben den Verkehr nicht gehemmt. Wenn einträte, daß das Mittelmeer gesperrt wird, was z. B. eine Folge des Krieges, den wir jetzt zwischen Italien und der Türkei noch haben, hätte sein können, so wäre eine Teuerung eingetreten, noch viel schlimmer wie heute. Ich will nun zur Besprechung der einzelnen Anträge übergehen. — Der Herr Präsident sagt mir: 15 Minuten sind um; er hat das zu den anderen Herren nicht gesagt. (Abg. Driver II: Da waren sie nicht um.)

Präsident: Ich bitte den Herrn Redner, einstweilen fortzufahren, aber nicht den Präsidenten zu korrigieren.

Abg. **Tanzen** (fortfahrend): M. H.! Ich muß zunächst konstatieren, daß Herr Abg. Driver gesagt hat, die Verhandlungen hätten einen praktischen Wert nicht. Für ihn ist es deshalb etwas ganz anderes, wenn er nur fünfzehn Minuten redet, für mich ist diese Frage aber von ganz ungeheurer Bedeutung, und das gibt mir das Recht — ich setze dabei voraus, daß die Mehrheit des Landtages es zulassen wird — mich hier etwas länger auszusprechen.

M. H.! Die Verschärfung der Teuerung ist einmal durch den Zoll- und Handelsvertragstarif hervorgerufen, dann durch das Einfuhrscheinssystem in § 11 des Zolltarifs, ferner durch die Bestimmungen in § 12 des Fleischbeschaugesetzes und durch verschiedene Bestimmungen des Reichsviehseuchengesetzes. M. H.! Von allen Zöllen bekämpfen wir am entschiedensten die Zölle auf Rohstoffe, das sind die Zölle auf Futtermittel, und wir setzen deshalb diesen Punkt in unserm Antrage voran. Zu den Futtermitteln rechnen wir Gerste, Mais und Hafer. Wir verlangen deshalb eine Abschaffung der Futtermittelzölle im Gegensatz zu unserer Forderung 2: Herabsetzung der Zölle auf Brotgetreide. M. H.! Wir führen über Brate jährlich 655 000 Tonnen Futtergerste ein. Von diesen 655 000 Tonnen bleiben im Herzogtum Oldenburg 250 000 Tonnen. Das ergibt eine Zollbelastung allein für Futtergerste von etwa 3 Millionen Mark für die oldenburgischen Tierzüchter und Mäster. Daneben kommt die Zollbelastung für Mais, wir gebrauchen davon etwa 40—50 000 Tonnen im Herzogtum = 1¼ Mill. Mark Zoll, dann die Zollbelastung von Hafer, die nicht sehr groß ist, da wir ihn im wesentlichen selbst bauen.

M. H.! Wir sind der Meinung, daß auf die Dauer die Zölle auf Brotgetreide auch nicht aufrecht zu erhalten sind. Ich darf nur erinnern an das Wort des Mannes, der die Zollpolitik von 1893 bis 1906 auf sein Gewissen geladen hat. M. H.! Damals hieß es, als die Brotgetreidezölle von der damaligen Höhe auf die Höhe, auf der sie sich bis 1906 befanden, also auf eine mäßige Höhe gebracht waren: Das ist eine nationale Tat, wir wollen keinen Brotwucher treiben. Und glauben Sie mir, m. H., aus dem Munde desselben Mannes kommt dasselbe Wort, wenn die Mehrheit des Volkes nur mit genügender Entschiedenheit fordert, daß es nicht unter dem Brotwuchertarif auf die Dauer leben will. M. H.! Und wenn der Herr Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg auch jetzt erklärt, wir halten fest an dieser Wirtschaftspolitik, und wenn das kürzlich im preussischen Abgeordnetenhaus Staatssekretär Dellbrück erklärt hat, so sage ich, Minister kommen und gehen, aber das Volk und das Interesse des Volkes bleibt und das ist nicht darauf gerichtet, daß auf Kosten der Gesamtheit für eine kleine Zahl Privilegierter Vorteile geschaffen werden. Eins ist mir klar und deshalb will ich es hier aussprechen: bei einem 65 Millionen-Volk, was alle Jahre um beinahe eine Million zunimmt, ist auf die Dauer diese Wirtschaftspolitik nicht aufrecht zu erhalten. Je weiter wir hineinkommen in die Zollpolitik, um so unglücklicher ist es für die Zukunft des Volkes, denn je schwerer ist der Rückzug. Unter dieser Wirtschaftspolitik hat sich alles eingewöhnt, auch die Bodenpreise, es sind diejenigen Grundstücke, die Vorteile haben von der Wirtschaftspolitik, im Preise gestiegen. Es wäre zweifellos wirtschaftlich unklug, mit einem Schlage, wie das in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in England geschehen ist, mit einem Schlage das Zollgebäude niederzureißen. Aber auch das kann kommen. Mit der Unzufriedenheit über die Teuerung wächst diese Möglichkeit. Eine kleine Probe von der Anschauung im deutschen Volke hat die letzte Reichstagswahl gegeben. Ich habe mich über das Ergebnis in keiner Weise gewundert. Ich bin der Meinung, m. H., daß, wenn diese Teuerungs-



politik fortgesetzt wird, in jedem Augenblick dieselbe Stimme zum Ausdruck kommen würde, vielleicht in noch schärferem Maße bei jeder kommenden Reichstagswahl.

M. H.! Dann hat der Herr Minister gesagt, daß nach seiner Ansicht Arbeitslosigkeit einsetzen würde, wenn wir von dieser Wirtschaftspolitik abgingen, es gebe einen großen Zusammenbruch und am letzten Ende hätten die Arbeiter den Schaben. Wenn der Herr Minister das auch nur sehr kurz gestreift hat, kann ich es doch nicht unterlassen, darauf einzugehen. M. H.! Wir haben Arbeitsgelegenheit in Deutschland für die Massen von Arbeitern nur, wenn wir Waren verkaufen können. Es ist ein Wort von Caprivi: Wir müssen Waren oder Menschen exportieren. Wir wollen Waren exportieren und die Menschen im Interesse unserer nationalen Kraft erhalten. (Minister Ruhstrat I: Das tun wir jetzt!) Das tun wir jetzt trotz der Wirtschaftspolitik. Darf ich Ihnen vielleicht sagen, wie Handelsverträge abgeschlossen werden? Wenn wir Waren exportieren wollen, dann müssen wir Handelsverträge abschließen mit unseren Nachbarstaaten und mit den ausländischen Staaten, mit allen Staaten der Erde. Diese Handelsverträge können wir nur abschließen, günstig abschließen, wenn wir den anderen Staaten auch etwas zu bieten haben. Und, m. H., je höher wir das verzollen, was sie uns bringen, je mehr wird die Ausfuhr unserer Exportartikel der Industrie erschwert durch Zölle, je ungünstiger werden die Folgen für unsere Exportindustrie sein. So unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß, wenn wir eine andere Richtung in der Wirtschaftspolitik einschlagen, die Arbeitsgelegenheit vielfach größer wird und es das größte Glück für unsere nationale Arbeitsgelegenheit ist, wenn wir nicht auf dem jetzt betretenen Wege fortschreiten. Denn was ist die Konsequenz der jetzigen Zollpolitik, Herr Minister? Kein Schutz Zoll trägt sich aus eigener Kraft, sondern jeder Schutz Zoll trägt den Keim eines höheren Zolls in sich. Wir müssen das sagen vom Standpunkte des Agrariertums, denn wenn ein Agrarzoll durch ein Jahrzehnt gewirkt hat, dann ist die Wirkung erledigt, dann müssen höhere Zölle kommen. Dabei müssen Sie wissen, daß der deutsche Boden in jedem Jahre fast im Durchschnitt den Besitzer wechselt, in jedem Jahre ist also einmal der durch die Zollpolitik erhöhte Bodenpreis in die Tasche des jeweiligen Besitzers geflossen, der nächste muß schon höhere Zölle haben, und wie wollen Sie diesen Zustand in Zukunft gestalten? Das ist eine Schraube ohne Ende.

M. H.! Ueber das Einfuhrsystem, Punkt 3 des Antrages, habe ich mich bereits geäußert, deshalb weiter zum Punkt 4. Die Erleichterung der Einfuhr tierischer Produkte muß man von zwei Seiten betrachten, einmal lebendes Vieh, das andere Mal tierische Produkte. Dabei darf ich vorweg noch bemerken, um jeden Irrtum auszuschließen, ebenso wie bei den Zöllen auf Rohstoffe fordern wir eine Herabsetzung der Zölle auf Industrieprodukte. Weiter m. H., neben der Herabsetzung der Zölle auf Fleisch und Fleischwaren Erleichterung der Einfuhr tierischer Nahrungsmittel. Wie denken wir uns das? M. H.! Sehen wir uns einmal an, woher wir tierische Nahrungsmittel bekommen können, dabei müssen wir unterscheiden zwischen Rindvieh und Schweinen. Ich möchte zunächst nur vom Rindvieh sprechen. M. H.! Fangen wir bei der Schweiz

an, die kann uns nichts bringen, die führt selbst lebendes Vieh aus Nordamerika und Kanada ein. Oesterreich gibt uns jährlich etwa 100 000 Rinder. M. H.! Oesterreich hat nämlich das Recht, auf 130 deutschen Schlachtviehhöfen lebendes Schlachtvieh ohne Quarantäne und ohne Tuberkulinprobe einzuführen. Interessant ist es, wenn man prüft, woher kommt diese Bestimmung, die wir gegenüber Dänemark, Holland und anderen Staaten nicht anwenden, gegenüber diesen Ländern haben wir zum Teil ein Einfuhrverbot auf lebendes Vieh, zum Teil 10 Tage Quarantäne und Tuberkulinprobe, was einem Einfuhrverbot gleicht. Hierbei kann man recht sehen, wie das Interesse der viehzüchtenden Kleinbauern wahrgenommen wird, als man Oesterreich gegenüber den 40 *M* Braugerstenzoll durchsetzen wollte, und sagte, wir machen euch die Konzession betreffs Einfuhr lebenden Schlachtviehs. Ich bin der Meinung, daß die Einfuhr von lebendigem Schlachtvieh auf 130 deutschen Schlachthöfen verboten werden muß und zwar wegen der Seuchengefahr. Ich stehe auf dem Standpunkte, nicht die Einfuhr lebender Tiere, lebender Rinder überhaupt zu verbieten, aber sie so zu beordnen, daß Grenzschlachthäuser eingerichtet werden, die in einem ständigen Beobachtungsgelände liegen müssen, in denen die Rinder geschlachtet werden und erst, wenn sie untersucht und geschlachtet, über Deutschland verbreitet werden dürfen. Rußland kann wegen der Seuchengefahr lebendes Rindvieh nicht abgeben. Dänemark hat einen Ueberschuß, aber $\frac{3}{4}$ des Ueberschusses kommt geschlachtet zu uns herein. Wir bekommen aus Holland $\frac{4}{5}$ des ganzen Ueberschusses an Rindvieh in geschlachtetem Zustande. Frankreich lebt selbst in einer Teuerung und kann uns nichts bringen. Was bleibt also übrig? Rindvieh aus Nordamerika und Kanada einzuführen. M. H.! Jährlich werden nach England mehr als 100 000 Stück Rindvieh von da eingeführt, die man an der Grenze schlachtet, es ist infolge dieser Einfuhr noch niemals ein Fall von Texasfieber in England vorgekommen. Der Stellvertreter des Reichskanzlers allerdings meinte, nicht nur die lebenden, sondern auch die geschlachteten Tiere leiden noch an Texasfieber. M. H.! Das geschlachtete Vieh aus Amerika kommt nach England in gefrorenem Zustande, auch das verlangen wir, daß die Einfuhr dieses Fleisches in Deutschland ermöglicht wird. Der Staatssekretär Dr. Delbrück sagte im Jahre 1911 und der Herr Abg. Driver hat das ausdrücklich gelesen, ich könnte es ihm sonst zur Verfügung stellen, der Vertreter des Reichskanzlers sagte: Es kann Fleisch in Deutschland hereingebracht werden mit Ausnahme der und der Staaten. Zu den Ausnahmen gehört auch Amerika. Aber m. H., wo sitzt denn da der Haken, der sitzt im § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes, da steht drin, daß die Einfuhr von gefrorenem geschlachtetem Rindfleisch in Tierhälften gestattet ist, wenn die ganzen inneren Organe, Herz, Leber usw. mit der Tierhälfte verbunden sind. Es ist ganz klar, daß man auf einem Seetransporte nicht die inneren Organe mit dem Tier verbunden halten kann, ohne die Haltbarkeit des Fleisches zu gefährden. M. H.! Deshalb sagen wir, unter dem Schutze genügender Bestimmungen, und der Anwendung dieser Bestimmungen gegen die Seuchengefahr ist es sehr wohl möglich, sowohl lebende Tiere in die Grenzschlachthäuser einzuführen wie geschlachtete Tiere in gefrorenem

Zustande überallhin, wenn nur die schikanösen Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes geändert werden.

Mit den Schweinen liegt die Sache wesentlich anders. Wir können in Deutschland vielmehr Schweine produzieren, wie wir konsumieren können. Der Schweinepreis ist gar nicht abhängig von den Zoll- und Einfuhrbestimmungen, sondern nur von der Entwicklung innerhalb der deutschen Grenzen, von dem niedrigsten zum höchsten Preise und umgekehrt. Die Einfuhrbeschränkungen gegenüber lebenden Schweinen müssen aber solange aufrecht erhalten werden, wie die Zölle auf die notwendigsten Futtermittel bestehen, denn beseitigt man sie auf der einen Seite für die fertigen Fabrikate, für Schweine, so können wir nicht konkurrieren mit den Staaten, die unverzollt Rohstoff — Gerste, Mais — einführen. M. H.! Wenn mehr Schweine eingeführt würden, so können Sie sich darauf verlassen, die Schweinezucht und Mast würde in keiner Weise leiden, denn es würde nur das Ausgleichsgebiet für die Schweinepreise vergrößert, wenn man die Grenzen groß zieht, in denen sich dieser Ausgleich vollzieht, denn Dänemark und Holland müssen genau so viel für Futtermittel zahlen, die können die Schweine nicht um einen Pfennig billiger produzieren wie wir, die Schweinepreisbildung hängt auch nicht von den Bodenpreisen ab, da große Anzahl von Schweinen auf kleinen Flächen gezüchtet und gezüchtet werden können. Und m. H., über See kann kein lebendes Schwein eingeführt werden, weil es die Seerkrankheit bekommt und daran stirbt.

M. H.! So sind wir der Meinung, daß wir ohne das Interesse der oldenburgischen Landwirtschaft irgendwie zu gefährden, auf dem richtigen Wege sind mit unserer Anschauung über die Fehler der heutigen Wirtschaftspolitik.

Ein Einwand wird weiter gegen die Durchführbarkeit unserer Anschauung stets erhoben, das sind die Finanzen und ich kann es doch nicht unterlassen, hierüber noch einige Worte zu sagen. Wo unsere oldenburgischen Finanzen bleiben sollen, das wird der Herr Minister ja erklären, besonders wo wir jetzt 1 Million Mark für die Beamten bewilligen sollen. Woher kommt aber diese Million? Aus der Teuerung! Und woher kommt die Teuerung? Aus der Wirtschaftspolitik! Diese Wirtschaftspolitik ist der Ruin der Kleinstaaten, das kann ein Staat wie Preußen wohl vertragen, aber nicht ein Staat wie Oldenburg. M. H.! Die Reichsfinanzen sollen geschädigt werden und da müssen einige Zahlen genannt werden, denn wenn wir Forderungen stellten, die nicht durchführbar wären, so wäre das richtig, was Herr Abg. Driver sagt, aber wir sind nicht nur gewillt, unsere Forderungen theoretisch zu vertreten, sondern sobald wie möglich in die Praxis umzusetzen. Der Antrag ist auch nicht, wie Herr Abg. Driver von dem Antrage Hug sagt, aus agitatorischen Gründen gestellt — Herr Abg. Hug wird selbst noch wohl darauf zurückkommen und diese Unterstellung zurückweisen — ich kann nur sagen, hätte Herr Abg. Hug den Antrag nicht eingebracht, so hätte ich ihn eingebracht. M. H.! Das sind keine agitatorischen Gründe, sondern wir sind fest überzeugt, daß die Sache durchführbar ist und zum Segen unseres gesamten Volkes sein wird. Die Zolleinnahmen im deutschen Reiche betragen 650 Millionen Mark, von diesen Zolleinnahmen sind je nach dem Ernteaussfall im deutschen Reiche 200 bis 300

Millionen Zolleinnahmen aus Agrarprodukten. Wenn man einen Teil davon beseitigt, sodaß nur 150 Millionen Zölle auf Agrarprodukte bleiben, eine kleine Probe der Erbschaftsteuer konnte den Ausfall ausgleichen. Die Finanzen der Einzelstaaten werden auf die Dauer diese Wirtschaftspolitik nicht ertragen können, sie werden schwer geschädigt, denn Sie müssen nicht glauben, daß sich im Herzogtum Oldenburg durch diese Wirtschaftspolitik die Wohlhabenheit der Gesamtheit steigert, insbesondere die Wohlhabenheit der Landwirtschaft, ganz abgesehen davon, daß von den 300 Millionen Mark Einkommensteuer 600 000 M aus der Landwirtschaft kommt, was mich ungeheuer überrascht und auch im gewissen Sinne betrübt hat.

Präsident: Ich muß den Herrn Redner bitten, zu Ende zu kommen, ich habe ihn annähernd $\frac{3}{4}$ Stunden reden lassen, es widerspricht dies ganz der Gepflogenheit des Landtages. Ich muß zunächst den Landtag fragen, ob er einverstanden ist, wenn der Redner noch einen Augenblick weiter spricht. (Zurufe: Ja!) Dann kann ich den Redner bitten, weiter zu sprechen.

Abg. Tausen: Ich habe aus der Zustimmung entnommen, daß ich meine Rede beenden darf.

Präsident: Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß nicht er, sondern der Präsident die Zeitdauer bestimmt.

Abg. Tausen: Wird der Herr Präsident dann mir die Frage gestatten, wie lange Redezeit mir noch gewährt wird, ich muß mich mit meinen Ausführungen darnach einrichten.

Präsident: M. H.! Es ist ein ganz ungewöhnlicher Vorgang, daß ein Redner sich den Anordnungen des Präsidenten nicht fügen will. Ich muß das konstatieren.

Abg. Tausen: M. H.! Ich komme jetzt zu der wichtigsten Frage, das ist die Frage: Wie wirkt die Wirtschaftspolitik, die wir wollen, auf die Oldenburgische Landwirtschaft? Das wird den Herren vom Regierungstisch, die ja jedenfalls diese Zahlen alle lange kennen und durchgearbeitet haben, ja bekannt sein, aber manchem hier sonst vielleicht nicht. Von unserer Bevölkerung sind 140 000 mit ihren Angehörigen, immer in runden Zahlen gesprochen, in der Landwirtschaft tätig. Das sind 40% nach der Zählung der Bevölkerung von 1907. M. H.! die Landwirtschaftsbetriebe betragen an Zahl rund 51 000. Darunter sind 43 000 bis 44 000 Betriebe bis zu 10 ha, nur 7280 Betriebe haben eine Fläche von über 10 ha. Neben den reinen Konsumenten, die nur indirekt zum Teil nicht unerheblich von dem Wohlergehen der Landwirtschaft abhängig sind, sind in diesen Betrieben bis zu 10 ha von den 140 000 Menschen 100 000 tätig. Es bleiben also 40 000 Menschen in den Betrieben über 10 ha. Und, meine Herren, das sind auch im wesentlichen noch kleine Betriebe, nehme ich nur die Betriebe über 20 ha, so vermindert sich diese Zahl auf 3000, 3000 Betriebe über 20 ha. M. H.! Es ist ja recht schwer, hier auf unserem statistischen Amte Zahlen, die man gern haben möchte, zu bekommen, es wäre erfreulich, wenn in der Richtung bald etwas gründliches geschehe. M. H.! Die Betriebe haben 432 000 ha Kultur-



fläche, davon sind 124 000 ha Ackerland und von diesem Ackerland in sämtlichen Betrieben sind nur 97 000 ha mit Getreide bestellt. Ich nehme an, daß im Durchschnitt der Ertrag pro ha 2 Tonnen beträgt, dann haben wir einen Ertrag von 195 000 Tonnen Getreide im ganzen Herzogtum, welches selbst produziert wird. Demgegenüber beträgt allein die Einfuhr von Gerste 250 000 Tonnen, die Einfuhr anderer Getreidearten kommen selbstverständlich hinzu, so daß wir in Wirklichkeit, rein als Landwirtschaft betrachtet, einen ganz erheblichen Betrag an Zoll zuzahlen müssen. M. H.! Für die Betriebe bis zu 10 ha, für den Teil der Landwirtschaft, in dem der größte Teil der Menschen, die in der Landwirtschaft tätig sind, beschäftigt wird, wirkt der Zoll am drückendsten. Das Wohlergehen aller Menschen ist doch der Zielpunkt weitsichtiger Politik und nicht, daß es dem einzelnen, der über einen Großbetrieb verfügt, in seinem Betriebe gut geht, auch dem kleinen muß es gut gehen. Die Betriebe unter 10 ha produzieren überhaupt nur 75 000 Tonnen Getreide selbst auf 37 000 ha Ackerfläche. M. H.! Wenn man sich demgegenüber die Zahl der Nutztiere vergegenwärtigt, die in den Betrieben unter 10 ha vorhanden sind, so wundert man sich umso mehr. Ich will nur einige Prozentzahlen nennen, um mich kurz zu fassen. Es sind in den Betrieben unter 10 ha vorhanden 60% aller Schweine, 95% aller Ziegen, 80% aller Hühner, 35% aller Rinder und 25% aller Pferde. Nun noch eine interessante Zahl: von diesen 35% Rindern sind über 50% Milchkühe, daraus ersehen Sie, daß an der Produktion von Milch und Butter und wie Sie aus den anderen Zahlen schon ersehen haben, von Schweinen usw., der Kleinbetrieb, die größte Menge unserer Betriebe, ungeheuer stark interessiert ist. Nun werden diejenigen sagen, die die Berechnungen über die Getreidezölle, die ich vorgebracht habe, nicht umstoßen können, denn diese Zahlen stimmen, die Kleinbetriebe haben einen Vorteil dadurch, daß die Edelerzeugnisse der Landwirtschaft, die der Kleinbetrieb auf den Markt bringt, auch durch die Zollpolitik im Preise gehoben werden. Das ist ein großer Irrtum, der leider vielfach besteht. M. H.! Die Milch und Butter, das sei den Konsumenten gesagt, ist gar nicht abhängig von der Zollpolitik. Die Butter ist mit 10 Pf. Zoll das Pfund belastet, es kommt sibirische Butter herein, die aber nicht mit unserer Molkereibutter konkurrieren kann und selbst, wenn der Preis für diese Butter sich um 10 Pf. ermäßigt, so macht das ganz wenig aus. Milch und Rahm trägt keinen Zoll, der lückenlose Zolltarif ist also noch nicht erreicht, wie er von den Herren der Rechten erstrebt wird, Milch und Butter werden denselben Preis behalten, die Milch wird im Preise nur beeinflusst von lokalen Ursachen. Auch der Schweinezoll wirkt nicht dem gegenüber dem Auslande, da wir, wie ich schon früher ausführte, bei genügender Einfuhr von Rohstoffen viel mehr Schweine in Deutschland produzieren können, als 60 oder gar 100 Millionen Menschen der Zukunft verzehren können. Gerade nach der Nörungswoche in Oldenburg, wo das stolze Pferd vorgeführt wurde, ist es angebracht zu sagen, daß der Wert der Eier, die in Oldenburg produziert werden, erheblich größer ist, als der Wert aller aus dem Herzogtum exportierten Pferde. Und, meine Herren, Eier tragen einen Zoll von $\frac{1}{8}$ Pf. pro

Stück, ein Zoll, der ganz unbedeutend ist. Für 150 Millionen Mark müssen wir für Eier und Geflügel jährlich ans Ausland zahlen. M. H.! Welche Logik, auf der einen Seite Verteuerung des Futters für die Hühner, auf der anderen Seite sollen wir mehr Eier und Hühner produzieren. Wenn man jenseits der Grenze, etwa in Holland, eine Hühnerzucht anlegt und die Eier nach Deutschland einführt, so muß man rechnerisch ein großes Geschäft machen, denn $\frac{1}{8}$ Pf. Zoll pro Ei ist gegenüber dem Zoll für das Hühnerfutter — Weizen, Mais usw. — ein recht kleiner, nur kein Ausgleich gegenüber dem Ausland, das Rohstoff zollfrei hat. So ist in Wirklichkeit der kleine und mittlere Bauer bei dieser Wirtschaftspolitik der Leidtragende und nur ein ganz kleiner Teil unserer oldenburgischen Landwirtschaft hat einen Vorteil davon, ohne daß ein anderer Stand Vorteile von der Wirtschaftspolitik hätte. Auch keine Industrie hat in Oldenburg Vorteile von der Zollpolitik. Ich verstehe, daß wir als Kleinstaat Rücksicht auf Preußen nehmen müssen, aber alles das darf uns nicht veranlassen, darf uns nicht mürbe in unserer Aufgabe machen, daß wir zu kämpfen haben im Interesse der Gesamtheit gegen die jetzige Wirtschaftspolitik, auch wenn wir vollständig ungenügende Erklärungen bekommen. Wenn Erklärungen mit Entschiedenheit abgegeben werden, so müssen wir mit um so größerer Kraft dagegen kämpfen. Aus der Erklärung des Ministers hörten wir manche Zweifel heraus, meines Erachtens sagte der Minister eigentlich nur, wir können nicht anders als Kleinstaat gegenüber dem mächtigen Preußen. Da sind wir ganz anderer Meinung, wir müssen unsere Stimme erheben und immer wieder erheben gegen ein Festhalten an unserer Wirtschaftspolitik. Was hat die Klassegegensätze am meisten verschärft? Der eine schimpft auf die Sozialdemokratie, glaubt damit recht national zu handeln, der andere ergründet, woher das Anwachsen der Sozialdemokratie kommt. Ich glaube, es gibt keine Politik, die die Klassegegensätze mehr verschärft, wie unsere Wirtschaftspolitik, die die einzelnen Klassen aufhebt, mit der Wirkung, daß sich alle an die Staatskrippe herandrängen. Wir können nur auf eine andere Bahn kommen, wenn unsere Wirtschaftspolitik geändert wird. Das können wir, wenn wir das System der Wirtschaftspolitik von grund auf bekämpfen und nicht mit kleinen Mitteln die Teuerung beseitigen wollen, wie Herr Abg. Driver hier für Oldenburg vorschlägt. Wir wollen kein Niederreißen, wir wollen ein Abbauen der Zölle, so, daß die deutsche und oldenburgische Volkswirtschaft es ertragen kann. Ich fasse mich nochmals zusammen. Alle sozialen Gesetze sind Pflasterchen auf die Wunden, die diese Wirtschaftspolitik täglich schlägt. Auch von Herrn Abg. Driver gemachte Vorschläge lindern nicht die Wunden, die alle Tage durch die Wirtschaftspolitik verursacht werden. Eine gerechte Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.

Der Staatsregierung gegenüber fasse ich mich zusammen in dem Ersuchen, den Gründen der Mehrheit des Landtags und der übergroßen Mehrheit der oldenburgischen Bevölkerung sich nicht zu verschließen, sondern nach ihren Kräften im Bundesrat dahin zu wirken, daß Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung getroffen werden, und daß weiter im Laufe der nächsten Jahrsünfte eine Wirtschafts-



politik eingeleitet wird, die nicht einen lückenlosen Zolltarif schafft, die nicht die Höhe der jetzigen Zölle erhalten will, sondern an Stellen, wo diese volkswirtschaftlich möglich ist, die Zölle abzubauen bereit ist.

Präsident: Herr Abg. Jordan hat das Wort.

Abg. Jordan: M. H.! Wenn man die Wirkungen der Teuerung im allgemeinen oder der Lebensmittelteuerung im besonderen in ihrem ganzen Umfang kennen lernen will, muß man in die Industriestädte und Industriezentren gehen. Dort kann man sehen, welche Verheerungen durch die Teuerung insbesondere aller Lebensmittel hervorgerufen werden. M. H.! Wenn wir nach Delmenhorst kommen, wo sozusagen ein internationales Leben herrscht, wenn wir sehen, wie dort durch den Wandel der Dinge eine Fluktuation der Bevölkerung vorhanden ist, wie andererseits durch die Agenten der bestehenden Unternehmungen dafür gesorgt wird, daß ein ständiger Wechsel in der Arbeiterbevölkerung eintritt und die Arbeiterbevölkerung nicht in der Lage ist, den Teurungsverhältnissen dadurch nachzukommen, daß sie ihre Lohnverhältnisse verbessern, dann kann man sich ein Bild davon machen, in welcher Weise die Familien, die tagtäglich in der Lage sind, arbeiten zu können, trotz dieser Arbeit an Unterernährung leiden. Nun kommt hinzu, daß besondere Verhältnisse hinzutreten, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Feiertage. Dann tritt Entbehrung ein schon während der Tätigkeit, denn wir haben Arbeiter, die noch nicht drei Mark pro Tag verdienen. Schon bei der Arbeitszeit kommen sie in Schulden. Und wenn dann Arbeitslosigkeit oder Krankheit hinzukommen, entstehen die grauenhaftesten Verhältnisse. Wenn man sich weiter sagt, daß viele dieser so Betroffenen Ausländer sind, die mit dem Augenblick, wo sie in ihrer Not an die Armenkasse gehen, ausgewiesen werden und sie deshalb, um dies zu verhindern, alles aufbieten, um ihre Armut zu verbergen, dann sehen wir erst das grauenhafte Elend, das sich nicht nur an Erwachsenen sondern auch an Kindern bemerkbar macht. Es ist im letzten Winter vielfach konstatiert worden, daß Eltern sich nicht anders helfen konnten als dadurch, daß sie ihre Kinder betteln geschickt haben, nur damit die Behörde sie nicht ausweisen konnte. Diese Ärmsten der Armen sind in der Regel Anhänger des Herrn Abg. Driver, der in so besonders scharfer Weise den Antrag Hug bekämpft hat, der durchblicken lassen hat, als sei der Antrag nur aus agitatorischen Gründen gestellt. Diese Leute sind unter mißbräuchlicher Betonung religiöser Fragen in wirtschaftlichen Dingen dazu irregeführt, der Zentrumsparterie nachzulaufen, die gerade im Reichstag diese Zoll- und Wucherpolitik, wie man sie nennen kann, zustande gebracht hat. Das Zentrum hat seinerzeit die Arbeitermassen dadurch zu blenden versucht, daß es in den § 15 des Zolltarifs die sogenannte Verg Trimborn eingefügt, das heißt festgelegt hat, daß das Einkommen aus den Zöllen über 110 Millionen Mark zu einer Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden solle. Ja, m. H., es ist hier ja in aller Breite schon auseinander gesetzt worden, wie durch das Einfuhrscheinsystem auch auf der anderen Seite verhindert worden ist, daß man überhaupt irgend welche Mittel für eine Witwen- und Waisenversicherung in die Hand bekäme. Ich will nur anführen, daß z. B. im Jahre

1908 die Ausgaben für Einfuhrscheine für die Ausführung von Roggen rund 12 Millionen Mark mehr betrug, als die Einnahme für den Roggenzoll überhaupt betragen hat. Wenn dann auf der anderen Seite für Weizen etwas mehr eingekommen ist, so schloß das Jahr 1908 nur mit 88¹/₂ Millionen Mark Einnahmen ab, sodaß für die Wittwen- und Waisenversicherung nichts getan werden konnte. Es blieb für die Arbeiter nichts weiter übrig als die Brotverteuerung. Das Zentrum hat so schön gesagt: „Wir sorgen in dieser Weise für die Armen“, und hat in Wirklichkeit nichts weiter getan, als den Armen das Brot verteuert. Das hat eine christliche Partei getan, die bei allen Gelegenheiten die Religion in den Vordergrund drängt.

Herr Abg. Driver hat auch schon voraus prophezeit, daß wenn der Antrag angenommen werde, die Regierung den Antrag ohne weiteres in den Papierkorb wandern lassen würde. Ich weiß nicht, was man davon sagen soll. Ich glaube doch nicht, daß Herr Driver sich den Einfluß zumutet, wie ihn etwa der ungekrönte König Heydebrand in Preußen hat. In Preußen wird es vielleicht möglich sein, daß ein Abgeordneter solchen Einfluß auf die Staatsregierung ausübt. Aber ich glaube auch nicht, daß Herr Driver in solcher Weise hier der Regierung hat Direktiven geben wollen.

M. H.! Herr Abg. Driver hat des weiteren gesagt, man solle doch nicht so großzügig reden, lieber mit lokalen Mitteln kommen und etwas tun und hat darauf hingewiesen, daß in den Städten die Nachuntersuchung des Fleisches in den Schlachthöfen wegfallen könne. M. H.! Das ist doch Theorie! Wie kann man derartige Forderungen aufstellen! Wir haben doch das, was Herr Driver moniert hat, in Delmenhorst nicht. Wir haben sogar die Markthalle als Verkaufsstelle unentgeltlich zur Verfügung gestellt, um den Landleuten die Möglichkeit zu geben, ihr Fleisch zu verkaufen. Es ist dadurch aber nicht möglich gewesen, daß das Fleisch billiger geworden ist. Wenn wir ein Schlachthaus hätten, würden wir selbstverständlich für die Nachuntersuchung eintreten aus hygienischen Gründen. Denn der Zwischenraum zwischen der Schlachtung und dem Verkauf beträgt manchmal einige Wochen, und dieser Zwischenraum läßt immer die Möglichkeit zu, daß eine Verderbnis des Fleisches eingetreten ist. Das, was der Abg. Driver sagte, ist alles Theorie. Damit kann man nichts Bedeutendes erreichen.

Ich will, da die Sache schon gründlich vom Herrn Vorredner behandelt ist, dem nicht mehr viel hinzufügen. Nur das Eine will ich noch sagen: Wenn ich die Verhältnisse, wie sie tatsächlich in den Arbeiterkreisen in Delmenhorst liegen, Ihnen an die Wand malen würde, wenn Sie dann noch etwas Menschlichkeitsgefühl an den Tag legen wollten, dann könnten Sie nichts anderes tun, als für den Antrag meines Freundes Hug stimmen.

Präsident: Herr Abg. Hartong hat das Wort.

Abg. Hartong: M. H.! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine Erörterung der Teurungsfrage hier im Landtage wenig praktischen Wert hat, besonders jetzt, nachdem die Zeit der Wahlreden hoffentlich auf lange Zeit vorüber ist. Ich glaube auch nicht, daß es nötig ist, daß die



Staatsregierung aus dem Landtage heraus sich im einzelnen über diese Frage näher informiert. Ich glaube, daß die Regierung darüber unterrichtet ist und daß sie auch ohne diese Verhandlung die Interessen des Landes im Bundesrat wahrnehmen wird. Wenn es auch nicht zugegeben wird, so bin ich doch ferner der Ansicht, daß der Hauptzweck des Antrages, der hier vorliegt, ein agitatorischer ist. Ich erkenne gern an, daß Herr Abg. Hug in sehr maßvoller Weise darüber gesprochen hat und daß dies Maßhalten sehr wohlthuend absteht gegen die maßlose Heze, die schon längere Monate vor den Reichstagswahlen in Szene gesetzt wurde von der Sozialdemokratie. Wie wurde da in Flugblättern und in der sozialdemokratischen Presse gewettert über den „Lebensmittelwucher“ und über die „Volksausbeutung“! Das wurde natürlich zur Last gelegt dem Phantasiegebilde, dem „Schwarzblauen Block“ und den „agrarischen Räubern“. (Wuh! Heiterkeit.) (Das sind Worte, die aus der sozialdemokratischen Presse entnommen sind, m. H.) Der Abg. Bebel hat früher schon vor Jahren die Fleishteuerung als ein „Schweineglück“ seiner Partei bezeichnet. M. H.! Das ist bekannt, und ich glaube, daß auch bei den letzten Reichstagswahlen dies „Schweineglück“ den Sozialdemokraten etwas gelächelt hat. M. H.! Was ist denn eigentlich teurer geworden? Die Sozialdemokraten sprechen immer nur von der Lebensmittelverteuerung. Sind denn nur die Lebensmittel teurer geworden? Auch in dem Antrage, der uns vorliegt, ist nur von Lebensmitteln die Rede. Nicht nur die Lebensmittel sich teurer geworden, sondern auch die gewerblichen Erzeugnisse, die ganze Lebenshaltung ist teurer geworden. Und das beobachten wir nicht nur bei uns, sondern in allen Kulturländern. Daß die gewerblichen Erzeugnisse auch teurer geworden sind, das erwähnen die Sozialdemokraten und ihre Gesinnungsgenossen nicht, weil auch die Arbeiter davon ihren Nutzen haben. Sie sprechen nur deswegen immer von Lebensmitteln, weil es ihnen dabei auch um die Heze gegen die Agrarier zu tun ist. Was die Lebensmittel anbetrifft, so kann man keineswegs allgemein sagen, daß alle Lebensmittel teurer geworden wären. Allerdings, gewisses Fleisch ist teurer geworden, Hammel-, Rind- und Kalbfleisch. Aber z. B. das Schweinefleisch ist nicht teurer geworden. Warum sind die Lebensmittel teurer geworden? M. H.! Die sind teurer geworden nicht, wie die Sozialdemokratie annimmt, infolge des schwarzblauen Blocks, infolge der durch ihn vertretenen Zollpolitik, sondern sie sind teurer geworden infolge der Umstände, die hier zum Teil schon erwähnt sind. Daß die Zollpolitik nicht schuld daran ist, das beweist, daß der größte Teil von unserm Brotgetreide auf deutschem Boden gebaut wird und daß der größte Teil der Viehzucht getrieben wird nicht von den Großgrundbesitzern, sondern in den kleinbäuerlichen Betrieben. Die Teuerung kommt, wie hier schon erwähnt wurde, zum Teil von dem schlechten Jahre, von der Dürre, von der lange anhaltenden Trockenheit. Und solche Jahre können doch immer einmal eintreten. Solche Jahre können sich auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaate ereignen. Das werden die Herren doch wohl zugeben. Auch die Seuchen werden aus diesem Staate nicht fernzuhalten sein.

Ein Hauptgrund der Teuerung ist der, daß der spekulierende Großhandel sich der Sache angenommen hat, daß

dieser ganz erheblich die Preise in die Höhe geschneit hat. Es ist die Schuld der Börsenmänner und des spekulierenden Großhandels, daß die Preise so in die Höhe getrieben sind. Und wer ist mit Schuld daran, daß diese Leute ihre Taschen füllen konnten? Das ist die Sozialdemokratie mit ihrem Geschrei über die Teuerung.

M. H.! Noch ein Grund für die Teuerung, der hier noch nicht erwähnt worden ist, liegt in den wirtschaftlichen Zuständen bei uns und auch in anderen Ländern. Da ist vor allem hinzuweisen auf die Bevölkerungszunahme nicht nur bei uns, sondern auch in den meisten anderen Kulturländern. Haben wir mehr Bevölkerung zu ernähren, so gebrauchen wir selbstverständlich auch mehr Nahrungsmittel. Diese Nahrungsmittel können nicht mehr in dem Umfange bei uns produziert werden. Und nicht nur bei uns wächst die Bevölkerung, sondern auch in anderen Staaten, von welchen wir früher viele Lebensmittel bezogen. Namentlich Amerika ist da zu erwähnen. Das ist doch wesentlich in Betracht zu ziehen. Und ich bestreite den Herren, die den gegenteiligen Standpunkt bisher vertreten haben, daß die Schutzzollpolitik des deutschen Reiches die Teuerung verursacht habe. Denn auch unverzollte Lebensmittel sind verteuert, z. B. die Milch und Kartoffeln. Die Kartoffeln unterliegen bekanntlich keinem Zoll, nur im Frühjahr die sogenannten Maltakartoffeln. Auch die Kohlen, die zollfrei eingehen, sind teurer geworden. Die Viehzucht leidet nicht unter der Teuerung. Im Gegenteil, 95 bis 97 Prozent unseres ganzen Viehbedarfs züchten wir auf deutschem Boden.

Das Ausland selbst leidet ja unter der Teuerung. Und deswegen würde es auch nichts helfen, wenn wir Fleisch vom Ausland beziehen könnten. Ich erinnere an die Teuerungskravalle, von denen wir gehört haben, in Oesterreich, Frankreich und Belgien. Auch in England sind ähnliche Kravalle gewesen. England hatte seine Transportarbeiterbewegung, und diese Bewegung hatte auch hauptsächlich ihre Ursache in der Teuerung. Ich könnte Ihnen hier noch anführen die Zeugnisse von Sozialdemokraten, die gerade über das englische Wirtschaftssystem kein gutes Zeugnis ausstellen. Z. B. der Abg. Hue hat sich darüber ausgesprochen, ebenso der Wirtschaftspolitiker Schippel. Das wird den Herren Sozialdemokraten ja bekannt sein. Also aus dem Ausland werden wir nicht viel Heil zu erwarten haben. Die Freihandelspolitik, wie sie von der Sozialdemokratie und ihren Gesinnungsgenossen vertreten wird, würde m. E. nur dahin führen, daß unsere blühende Landwirtschaft und unsere Industrie, um die uns das Ausland beneidet, stark zurückgehen würden. Wir erzeugen bekanntlich im Deutschen Reiche $\frac{9}{10}$ unseres Brotgetreides und 95—97 Prozent von unserm Fleischbedarf. Da sollte unser ganzes Streben darauf gerichtet sein, daß wir die Industrie sowohl wie die deutsche Landwirtschaft weiter schützen. Und das wird geschehen durch die Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik. Ich bestreite den Sozialdemokraten die Legitimation zu einer solchen Kritik über die Teuerung. Was hat denn die Sozialdemokratie getan für eine bessere Lebensmittelversorgung? Sie hat bisher noch nichts getan für die Landwirtschaft, für die Viehzucht, Ackerbau usw. Sie hat für die Industrie ja manches getan, namentlich für die Arbeiter. Sie hat für die Industrie und die Arbeiter wenigstens Worte gehabt,



aber für die Landwirtschaft auch nicht einmal das. Darum, m. H., glaube ich, daß die Ausführungen derjenigen Herren, die den Antrag hier vertreten haben, nicht von uns unterstützt werden können. Und ich halte es für richtiger, daß wir den Worten des Reichskanzlers folgen, die dieser gesprochen hat im Herbst v. S. am Schlusse der Reichstagsdebatte über die Teuerung, Worte, die dahin gingen, daß er der Ueberzeugung sei, daß er in dieser Politik auf dem richtigen Wege sei und daß er unbedingt an ihr festhalten wolle. Ich werde deshalb nicht für den Antrag stimmen.

Präsident: Se. Excellenz Herr Minister Scheer hat das Wort.

Minister Scheer: M. H.! Der Herr Abg. Tanzen ist der Meinung gewesen, daß die Unzufriedenheit des deutschen Volkes über die Wirtschaftspolitik der verbündeten Regierungen ihren Ausdruck gefunden habe in den letzten Wahlen. (Sehr richtig!) Ich erinnere ihn daran und auch den Herrn, der so eben den Zwischenruf tat, daß bereits der sogenannte Blockreichstag von 1907 unter der Herrschaft der jetzt geltenden Handelsverträge gewählt und daß dadurch der Beweis geliefert ist, daß nicht die Wirtschaftspolitik die Ursache des ungünstigen Ausfalls der letzten Wahlen gewesen sein kann. Daß unsere Wirtschaftspolitik sich bewährt hat, geht schlagend daraus hervor, daß die Auswanderung auf ein Minimum herabgesunken ist. (Sehr richtig!) Die älteren von Ihnen m. H., die die Zeiten der siebziger Jahre erlebt haben, werden mir bestätigen, daß wir in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in unserm Wirtschaftsleben, sowohl was Gewerbe, was Landwirtschaft, was Industrie anbetrifft, vor dem Ruin standen. Ich erinnere mich, daß mir ein wohlsituirter Landwirt im Jahre 1879 sagte: „Wir sind nicht mehr in der Lage, einen steinernen Sockel zu bauen. Unsere Erwerbsverhältnisse sind so traurige, daß wir nur für die Bedürfnisse der Gegenwart sorgen können, ich bin nur für den Bau von hölzernen Säulen zu haben. Wir können der Zukunft Lasten nicht abnehmen.“

M. H.! Der Antrag Hug hat die Regierung ernst beschäftigt. Es ist ein Antrag, der die vitalsten Interessen des Volkes berührt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Teuerung nicht nur die Arbeiter, nicht nur die Festbesoldeten, sondern alle die Klassen schwer bedrückt, deren Einkommen ein festes, nicht von irgend welchen Konjunkturen abhängiges ist. Aber m. H., es handelt sich um einen Notstand, der nicht auf Deutschland beschränkt ist, es handelt sich bei unserer Wirtschaftspolitik um ein System, dem die meisten aller Völker folgen. Auch diejenigen Staaten, wo die sozialdemokratische Partei Minister stellt, betreiben dieselbe Wirtschaftspolitik aus dem einfachen Grunde, weil die Interessen der Völker — es sind hier nicht nur die Interessen des Großherzogtums Oldenburg in Betracht zu ziehen (Sehr richtig!), wie das vorhin geschah — Schutz erfordern. Es ist gewiß ein populäres Beginnen, in einer Volksvertretung einen Antrag zu stellen, die Teuerung aufzuheben und zu mildern. Aber m. H., es ist ein Ziel, das schwer zu erreichen ist, denn hart im Raume stoßen sich die Sachen. Es ist mehr als zweifelhaft, ob es bei Durchführung der beantragten Maßnahmen gelänge, auch nur um einen Deut

eine Milderung und eine Ermäßigung der Preise herbeizuführen. Ich erinnere Sie daran, daß im Herbst vorigen Jahres angesichts der nachteiligen Wirkungen der Dürre die verbündeten Regierungen in eine ernste Beratung darüber eingetreten sind, wie man der Teuerung begegnen könne. Und Sie wissen, daß damals außer anderen Maßregeln auch eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachten für Kartoffeln, frische Seefische und für Futtermittel beschlossen und durchgeführt ist. Es ist seinerzeit im Reichstag von zuständiger Seite ausgeführt, daß diese Maßregel zum Teil ein Schlag ins Wasser gewesen sei, weil die Ermäßigungen nicht, wie beabsichtigt, den Konsumenten zugute gekommen seien. Sie sehen daraus, daß nicht allein der Zoll, daß nicht allein die Fracht preisbildend wirkt, sondern auch noch andere Umstände in Betracht kommen. (Sehr richtig!) Ganz außerordentlich interessant sind mir einige Ausführungen des Abg. Tanzen gewesen. Der Abg. Tanzen hat uns ein Bild entrollt über die Einfuhrzahlen für Futtergerste. Es wird Ihnen bekannt sein, daß durch die Handelsverträge der Zollsatz für Futtergerste auf 1,30 M pro 100 Kilo heruntergesetzt ist. Der Gerstenpreis ist zurzeit ein exorbitant hoher, ich glaube zirka 40 M höher als vorm Jahre, weil die Nachfrage nach Gerste eine so außerordentliche ist, daß die russischen Ablader gar nicht in der Lage sind, ihre Verträge zu erfüllen. Die 1,30 M Zoll spielen absolut bei dieser Preisbildung keine Rolle. (Sehr richtig!) Dann hat Herr Tanzen vorgetragen, daß der Preis für Erbsen und ich glaube auch für Linsen um 30 bis 40 M in die Höhe geschwollen sei. M. H.! Der Vertragszoll für Erbsen und Linsen beträgt 1,50 M pro 100 Kilo. Auf das Pfund fällt also $\frac{3}{4}$ S. Auch in diesem Falle ist der Zoll für die Preisbildung ohne Bedeutung. Was das Gemüse anbelangt, so könne eine große Anzahl von frischen Gemüsen zollfrei eingeführt werden. Ebenso Kartoffeln für die Zeit vom 1. August bis 15. Februar. Also zu verzollen sind mit 1 M pro 100 Kilo tatsächlich nur die feinen Speisekartoffeln, sogenannte Maltakartoffeln und Pflanzkartoffeln.

Sie sehen m. H., daß es sich hier um eine so außerordentlich schwierige Frage handelt, daß man sich wohl überlegen muß, ob man in unser wohlgefügtes Zollsystem eine Bresche schlagen will. Die Wirkungen kann niemand übersehen. Es ist sogar anzunehmen, daß der gewollte Zweck nicht erreicht wird. Aus diesem Grunde trägt die Großherzogliche Regierung die schwersten Bedenken den gewünschten Antrag im Bundesrat zu stellen.

M. H.! Die Großherzogliche Regierung sieht ihre Aufgabe darin, Realpolitik zu treiben, Politik zu treiben innerhalb der Grenzen des Möglichen. Sie richtet ihr ganzes Bestreben darauf, daß wir dem erfreulichen Wachstum der Bevölkerung entsprechend für eine Vermehrung der Nahrungsmittel durch innere Kolonisation sorgen. Vor mir liegt eine Statistik über das, was wir in den letzten 10 Jahren auf diesem Gebiet erreicht haben. Und es hat vielleicht bei der Erörterung der Teuerungsfrage Interesse, einige Zahlen anzuführen. Der oldenburgische Staat hat in den letzten 10 Jahren 10 525 Hektar Weidlande für die Besiedelung bestimmt. Auf diesen Flächen sind bisher 998 Kolonate, also rund 1000 Kolonate mit einem Flächeninhalt von 8636 Hektar zu Kolonaten eingerichtet, in Privatbesitz über-



gegangen sind 746 Kolonate mit 6634 Hektar. Und dazu kommen noch 266 Hektar, die wir in Regie verwalten und die besonders bestimmt sind, als gemeinschaftliche Weiden für einzelne Kolonien zu dienen. Wenn man ganz vorsichtig rechnet, so ist infolge der Kultivierung dieser Dedländereien unser Viehstapel vermehrt um 2300 Stück Rindvieh, um 4 bis 5000 Schweine, um etwa 20000 Stück Geflügel, und dazu kommen noch zahlreiche Schafe und Ziegen. M. H.! Das bedeutet Realpolitik, und dadurch sorgen wir nach unserer Auffassung dafür, daß eine genügende Ernährung des Volkes gewährleistet wird. (Bravo!)

Präsident: Herr Abg. Dannemann hat das Wort.

Abg. Dannemann: M. H.! Wenn man durch große Reden den Notstand aus der Welt schaffen könnte, dann hätte jedenfalls Herr Abg. Tanzen (Heering) den Löwenanteil an diesem Verdienst. Ich will ihm nicht folgen. Ich will nur ein paar Worte sagen zu den Ausführungen der Fraktion Tanzen-Hug (Abg. Hug: Noch nicht!), daß die Wirtschaftspolitik die Teuerung verschuldet haben soll. Daß eine Teuerung vorhanden ist m. H., will ich nicht bestreiten. Aber ganz entschieden muß ich bestreiten, daß sie von der jetzigen Wirtschaftspolitik kommt. Es kommt mir beinahe vor, als wenn die Herren der Linken nicht wissen, daß im letzten Jahre die große Dürre vorhanden gewesen ist. Die Teuerung ist nicht nur in Deutschland, sondern überall, wie das hier ja auch schon von verschiedenen Seiten angeführt ist. Die Mittel, die vorgeschlagen werden, sind m. E. durchaus nicht geeignet, hier irgend etwas zu lindern. Das einzige wäre vielleicht der letzte Punkt, daß man die Einfuhr von Fleisch und lebendem Schlachtvieh erleichtert. Aber m. H., da möchte ich doch auf etwas hinweisen, was vorhin schon Herr Abg. Hug sagte, daß das Ferkeln der Schweine leider nicht zu verhindern gewesen ist. Überall sind die Schweineställe vollgepfropft. Und in diesem Augenblick wagen es die Herren, die sonst von sich behaupten, für die Landwirtschaft und besonders für diejenigen Kreise einzutreten, die die Schweine züchten, wagen sie es, einen Antrag einzubringen, der darauf hinausläuft, diese Kreise auf das schwerste zu schädigen. Ich begreife nicht, wie diese Herren den Mut dazu haben konnten, zumal augenblicklich im Lande die Seuche herrscht, ein Zustand, der den Produzenten am aller-schwersten trifft. Sie haben durch ihren Antrag den Finger in eine Wunde gelegt, die sehr schmerzlich fühlbar ist, und es ist an der Zeit, mal darauf hinzuweisen, wie der Freisinn sich das Wohl dieser Kreise denkt. Weiter habe ich zu dem Antrag nichts zu sagen, zumal der Reichskanzler klipp und klar erklärt hat, daß er jedem Versuch, an dem jetzigen Wirtschaftssystem zu rütteln, energisch entgegenzutreten werde. Und ich freue mich, daß auch unsere Staatsregierung erklärt hat, daß auch sie an diesem Wirtschaftssystem festhalten werde. Ich habe deshalb diesen Worten nichts weiter hinzuzufügen.

Präsident: Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.

Abg. Dursthoff: Ich hatte nicht die Absicht, zu der Sache zu sprechen. Aber ich muß doch mit ein paar Worten auf die Ausführungen des Herrn Ministers Scheer eingehen. Zunächst wies der Herr Minister darauf hin, es

wäre ihm zweifelhaft, ob ein Befolgen dieser Anträge überhaupt die Wirkung haben würde, daß sie wirklich den Konsumenten eine merkliche Verbilligung bringen würde. Und der Herr Minister berief sich hierbei auf die Wirkung, die der Notstandstarif gehabt habe. Der Herr Minister sagte, es wäre festgestellt worden, daß diese Ermäßigung den Konsumenten nicht zugute gekommen wäre. Das wissen wir alle. Aber wir wundern uns auch nicht darüber, denn die Verbilligung durch den Notstandstarif kann man nicht mit den beantragten Maßnahmen in Parallele stellen. Ich habe ausgerechnet was die 20% Ermäßigung des Notstandstarifes für frische Seefische für effektive Wirkung hat. Diese Ermäßigung hat die Wirkung, daß sich die Fracht für frische Seefische beim Transport von Geestemünde bis Berlin für 7 Pfund Fische um 1 Pfennig billiger stellt. Wie soll eine solche Maßnahme den Konsumenten zugute kommen? Ich möchte den Kaufmann kennen lernen, der es fertig brächte, eine solche Frachtermäßigung den Kunden zugute kommen zu lassen. Wenn Sie helfen wollen, müssen Sie helfen in der Weise, wie es hier angeregt ist. Da würden sich die Vorteile für die Konsumenten ganz unzweifelhaft ergeben.

Dann sagte der Herr Minister weiter, er würde in dieser Ansicht bestärkt, daß diese Maßnahme keine Wirkung haben würde, weil auch die Preise für Gerste trotz des niedrigen Zolls sehr hoch wären. Ich glaube, das hat mit der Sache nichts zu tun. Den Weltmarktpreis können wir durch die Zölle natürlich nicht ändern. Aber was wir verhindern wollen, ist, daß dieser jetzt schon hohe Weltmarktpreis noch weiter um den Zoll erhöht wird. Darauf kommt es doch an. Der Weltmarktpreis ist hoch und es wird niemand bestreiten wollen, daß diese Teuerung eine allgemeine ist, hervorgerufen durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse des vorigen Jahres. Aber wenn man zugibt, daß diese Preise gegenwärtig so außerordentlich hoch sind, dann kann ich auch keinen Grund sehen, weshalb man sie noch weiter durch Zölle erhöhen soll. Man kann über die Notwendigkeit der Zölle verschiedener Ansicht sein. Aber jedenfalls können die Zölle doch nur dann gerechtfertigt werden, wenn die Produkte von auswärts so billig angeboten werden, daß wir die Zölle gebrauchen als Schutzwehr für unsere heimische Produktion. Aber jetzt klagt doch die ganze Welt über zu hohe Preise für diese Produkte. In solchen Zeiten Schutzzölle ist sinnlos.

Dann noch ein Wort zu Herrn Abg. Driver. Herr Driver fing seine Ausführungen damit an, daß von dieser Teuerung eigentlich nur die Beamten zu leiden hätten. Die anderen wären in der Lage, die Teuerung abzuwälzen. Ich glaube, daß die Vorlage 81 Herrn Kollegen Driver doch eigentlich schon widerlegt. Da wird der Versuch gemacht, diese Ungunst der Verhältnisse für die Beamten auszugleichen. Ich freue mich, daß diese Absicht besteht. Aber ich meine, was dort für die Beamten als notwendig anerkannt wird, das ist doch wirklich mindestens ebenso notwendig für die Unmasse von Arbeitern. Herr Kollege Driver glaubt anscheinend, daß die Fabrikanten in der Lage sind, ohne weiteres die Löhne entsprechend zu erhöhen. Das können sie nicht. Es gibt keine Industrie in Deutschland, die nicht gezwungen ist, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Diese Industrien sind aber nicht in der Lage,

die Löhne einseitig zu erhöhen. Ich erinnere daran, daß wir in den letzten Jahren pro Jahr für 9500 Millionen Mark Waren haben importieren müssen, also das Doppelte der französischen Kriegsschädigung alljährlich haben ans Ausland zahlen müssen.

Es ist ja sehr erfreulich, was Herr Minister Scheer sagte, daß wir Fortschritte machen auf dem Gebiete der inneren Kolonisation. Das wird jedenfalls von allen hier im Hause aufs wärmste unterstützt werden. Aber was nützt es denn, wenn wir 2000 Rüge jährlich mehr halten können bei dieser kolossalen Vermehrung des Volkes? Trotz der steigenden landwirtschaftlichen Produktion im Inland wächst trotzdem alljährlich auch die Einfuhr von Naturprodukten. Was wir in steigendem Maße an Nahrungsmitteln vom Ausland einführen müssen, zeigt uns klar und unwiderleglich das statistische Handbuch. Da haben wir z. B. Gerste für 920 Millionen Mark importieren müssen, weil wir dieses Quantum in der deutschen Landwirtschaft nicht erzeugen konnten. Es sind an Butter für 92 Mill., Eier 163 Mill., Fiedervieh 64 Mill. und Fische für 87 Mill., zusammen also für mehr als 400 Millionen Mark eingeführt worden. Dann die unendliche Masse von Rohstoffen, die wir gebrauchen, Wolle für 450 Mill. Mark, Baumwolle für fast 600 Mill. Mark, Häute und Felle für 550 Mill. Mark usw. M. H.! Das alles müssen wir haben. Und wie wollen wir denn diese Summe bezahlen, diese 9500 Millionen Mark Jahr für Jahr? Das können wir doch nur dadurch ermöglichen, daß wir wieder Waren ins Ausland ausführen. Und zwar haben wir für 8500 Millionen Mark ins Ausland ausgeführt. Es ist also gerade vom nationalen Standpunkt aus durchaus nötig, daß wir uns diese Exportmöglichkeit sichern. Die ist augenblicklich schon sehr gefährdet. Wir sind durch unsere Zollpolitik bei vielen Industrien in eine schwierige Lage auf dem Weltmarkt gekommen. Ich kann ein Beispiel dafür geben, das mir gerade gestern mitgeteilt wurde. Es wird Ihnen bekannt sein, daß unsere deutschen Heeringssischereien, wenn sie die Schiffe in Deutschland bauen lassen, eine Reichsprämie für jedes gebaute Schiff erhalten. Sie bekommen — bei 70 000 *M* Durchschnittswert eines Schiffes — 6000 *M* aus allgemeinen Volksmitteln, weil man sich sagt, die Herstellung ist in Deutschland so verteuert, daß die Fischereien sonst die Schiffe im Ausland bauen lassen würden. Trotzdem haben mehrere Heeringssischereien ihre Schiffe in Holland bauen lassen, weil sie dort ein solches Schiff ca. 10 000 *M* billiger bauen lassen können. Das ist ein schlagender Beweis, wie gefährlich diese künstliche Verteuerung in Deutschland für unsere Konkurrenzfähigkeit im Ausland wirkt. Diesen Gesichtspunkt, der sonst noch von keiner Seite hervorgehoben ist, wollte ich doch erwähnt haben. M. H.! Diese Einfuhr vom Ausland wird immer weiter steigen, schon allein deshalb, weil unsere Bevölkerung jedes Jahr um fast eine Million zunimmt. Diese starke Volksvermehrung aber ist nötig, wenn wir unsere Weltmachtstellung aufrecht erhalten wollen. Sie wissen alle, wie uns diese Stellung erschwert wird, und wenn es nicht möglich gewesen wäre, in dieser Weise unsere Bevölkerung zu vermehren, dann würden wir heute sicherlich in sehr traurigen wirtschaftlich-politischen Verhältnissen leben. Wir müssen also auch in Zukunft unsere Volksvermehrung in

jeder Weise begünstigen. Das bedingt aber nicht nur eine Steigerung unseres Imports, sondern wir müssen in gleichem Maße auch unseren Export steigern, um mit diesem Export den Import bezahlen zu können. Die Aufrechterhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist also eine eminent nationale Frage und wir müssen gerade aus diesen nationalen Erwägungen heraus sorgfältig darauf bedacht sein, daß nicht die künstliche Verteuerung der Rohstoffe, der Lebensmittel, der Löhne und der ganzen Lebenshaltung unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt untergräbt.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort.

Abg. Tanzen: M. H.! Nur ganz wenige Worte zu den Ausführungen des Herrn Abg. Dannemann. Herr Dannemann hat es sich nicht schenken können, von einer Fraktion Tanzen-Hug zu sprechen. Das hat er jedenfalls so gemeint, daß ein Zusammengehen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie wiederholt geschehen ist. Denn daß er an eine Fraktionsverschmelzung oder ähnliches ernsthaft glaubt, nehme ich nicht an. M. H.! Dies Zusammengehen haben wir gelernt von anderen. Von den Herren vom Zentrum. Es ist eine Frage der Taktik, um so die Politik im Einzelstaat wie im Reich auf das richtige Gleise zu bringen. Wir wissen genau, daß wir aus eigener Kraft das nicht können. Die Sozialdemokratie muß wissen, daß sie allein es auch nicht kann. Wir haben das gelernt vom Zentrum im Jahre 1907, als der Bülow-Block errichtet wurde — dem ich übrigens keine Träne nachweine — gegen die Macht der Zentrumspartei. Da haben sich die Sozialdemokraten genau so versündigt, indem sie Zentrumleute gegenüber Liberalen in den Reichstag brachten, wie das umgekehrt auch der Fall war. M. H.! Und damit komme ich zu den Ausführungen des Herrn Ministers, die für mich in dem Punkt der Beweisraft entbehren, wo er meine Behauptungen dadurch zu widerlegen sucht, daß er sagt: der Bülow-Block entstand unter derselben Wirtschaftspolitik, und da zeigte sich nicht die Unzufriedenheit, wenigstens nicht in der Form, daß so viele Sozialdemokraten gewählt wurden. Wie ist das begründet? Die Wirtschaftspolitik trat bei der Wahl 1907 zurück gegenüber der Notwendigkeit, den Einfluß, den die Zentrumspartei hatte, zu brechen. Da verbündeten sich dann nicht diejenigen Parteien, die die Wirtschaftspolitik ändern wollten. Wenn die Wirtschaftspolitik geändert werden soll, muß es als klares Ziel derjenigen Parteien gelten, die die Wirtschaftspolitik ändern wollen, daß sie sich taktisch über das hierzu erforderliche Vorgehen zu verständigen haben.

M. H.! Was der Herr Minister dann sagte über die Auswanderung, so möchte ich mir gestatten, demgegenüber zu bemerken, daß nicht nur in den siebziger Jahren, sondern auch in den achtziger Jahren bis in die neunziger Jahre unter der Hochschutzzollpolitik die Auswanderung nicht abnahm sondern zunahm, daß dagegen erst mit dem Beginn der Caprivischen Handelsverträge die Auswanderung abgenommen hat. Die Capriviverträge waren doch eine Rückkehr zu dem von uns gewollten System, allerdings nur mit einem kleinen Schritt. Damit setzte die Blüte der Industrie ein, und



damit nahm die Auswanderung ab und hat bis heute keinen größeren Umfang wieder angenommen.

Was der Herr Minister sagte über den Gerstenzoll, freue ich mich über die Einsicht, aus der seine Freude wächst, daß der auf 1,30 *M* heruntergesetzt ist, im Interesse der oldenburgischen Landwirtschaft. Was sagte aber damals und jetzt noch die Landwirtschaftskammer, also die berufene Vertretung unserer oldenburgischen Landwirtschaft, dazu? Die sagte und sagt: Lückenloser Zolltarif — 75 *M* Gerstenzoll pro Tonne, eine kleine Minderheit war es, die sagte: Beseitigung des Futtermittelzolles. Ich wollte damit nur ausdrücken, daß die Rücksichtnahme, die meiner Ansicht nach die Regierungen veranlaßt, diese Stellung einzunehmen, die Rücksichtnahme auf einen kleinen, mächtigen Volksteil mit den höchsten Herren an der Spitze, daß die auf die Dauer nicht bestehen bleiben darf, sondern daß da die große Mehrheit des Volkes sich diesen Anschauungen gegenüber, die auch hier leider heute in gewissem Sinne die Staatsregierung vertreten hat, wird durchsetzen wollen und können. Der Gerstenzoll von 1,30 *M* für den Doppelzentner soll nicht wirken? So sehen Sie sich doch den Gerstenpreis an in Dänemark, in Holland! Dorthin kommt die Gerste unter denselben Bedingungen vom Schwarzen Meer und Asof. Dieselben Frachtpreise, dieselben Landungsspesen! Da ist die Futtergerste um 1,30 *M* den Doppelzentner billiger. Nun kann man sagen, wenn bei uns durch Herabsetzung des Zolles eine noch größere Nachfrage eintritt wie heute, dann wird die Nachfrage auf dem Weltmarkt so viel größer, daß der Preis nicht dem Preise gleicht, der heute für Futtergerste in Dänemark und Holland bezahlt wird. Aber man darf nie behaupten, daß der ganze Zoll keine Bedeutung habe. Wenn der Zoll bei uns aufgehoben wird, dann wird vielleicht nicht der Preis um die volle Höhe des Zolles sinken, aber jedenfalls wird dann erreicht, daß wir konkurrenzfähig sind in der Produktion mit denjenigen Staaten, die auch Futtermittel ohne Zoll haben.

Dann, m. H., die innere Kolonisation, die der Herr Minister anführte und dabei die praktische Politik betonte. Wir wollen auch nichts anderes wie praktische Politik. Aber wir sehen keinen anderen Weg, unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen über diese Fragen, als hier. Die Volksversammlungen allein tun es nicht, und es kann doch dem Herrn Minister nur lieb sein, wenn die Anschauungen und die Materien von den einzelnen Vertretern möglichst genau verarbeitet und ihm vorgeführt werden. Ob wir noch tausend Hektar mehr kultiviert hätten oder nicht, würde die Teuerung garnicht beeinflussen. Ich möchte alles aufwenden, um die innere Kolonisation zu fördern. Ich glaube aber, daß durch die Schutzollpolitik die innere Kolonisation erschwert wird. (Sehr richtig!) Zu der inneren Kolonisation gehört zunächst ein Mensch, der etwas Geld haben muß, und mit dem „etwas Geld“ kann er unter dieser Wirtschaftspolitik viel weniger anfangen, wie unter der Politik, die wir wünschen. Es liegt doch so, wenn die innere Kolonisation mehr gefördert werden soll, müssen wir mehr Menschen mit etwas Kapital haben. Und dann kann die Mehrproduktion an Nahrungsmitteln aus den Hektaren, die in den letzten zehn Jahren kultiviert wurden, gar keinen Einfluß gewinnen auf die Nahrungsmittelpreise im ganzen.

M. H.! Dann noch eins. Es ist hervorgehoben von Herrn Abg. Dannemann, daß zu gelegener Zeit die heutige Verhandlung wieder benutzt werden würde für die Agitation gegen uns. Ich sage Herrn Dannemann, es ist sein Recht, wie es ja auch unser Recht ist, Kritik zu üben und zu sagen: „Wir werden zu gelegener Zeit den Bauern vorführen, was ihr gewollt habt.“ Das haben Sie ja aber seit Jahren getan, und wo sind die Bauern, die zu Ihnen gehören? Die sind ganz gering an Zahl, und so lange wir das gleiche Wahlrecht haben und nicht nach Hektaren gewählt wird, m. H., so lange ist die große Mehrheit des Oldenburger Bauernstandes, soweit sie nicht im südlichen Herzogtum unter gewissem Einflusse steht, liberal gesinnt. Und dem Herrn Kollegen Dannemann, der sich ja auch liberal nennt (Was?), er nennt sich liberal, dem möchte ich doch nicht verfehlen, zwei Worte vorzulesen, die die Kölnische Zeitung geschrieben hat, ein offiziell nationalliberales Parteiorgan. Der Herr Präsident wird gestatten, daß ich es vorlese. (Präsident: Der Landtag wird einverstanden sein.)

„Es ist notwendig, daß die verbündeten Regierungen alles tun, um eine Herbeischaffung genügender Futtermittel sicher zu stellen. Zu solchen Maßnahmen gehört zu allererst die Aufhebung oder wesentliche Herabsetzung der Zölle auf Futtermittel.“

Weiter schreibt sie:

„Sollte die Aenderung des Einfuhrscheinensystems nicht ausreichen, so müßten die verbündeten Regierungen dazu übergehen, unter Innehaltung der zum Seuchenschutz des heimischen Viehes unbedingt notwendigen Sicherheiten die Grenzen für ausländisches Schlachtvieh vorübergehend zu öffnen und den Massenbezug gefrorenen Fleisches aus Uebersee in die Hand zu nehmen.“

Das schreibt das offizielle nationalliberale Parteiorgan. Wir wollen also gar nichts anderes als das, was auch verständige Nationalliberale wollen. Gehen Sie ruhig hin und erzählen den Bauern, was wir wollen. Wir kommen dann den andern Tag und erzählen den Bauern, was Sie wollen, und dann wissen die Bauern ganz genau, was sie zu tun haben. (Heiterkeit.)

Vor allen Dingen, m. H., ist eins gewiß. Herr Abg. Dannemann sagte, die ganzen Ställe sitzen voll Schweine, und nun wagt es eine Fraktion, hier im Landtag zu fordern, daß wir auch noch ausländisches Fleisch bekommen. Ich hoffe, daß das Stenogramm das später zeigt, daß ich gesagt habe, Schweine können wir viel mehr produzieren als konsumieren. Es handelt sich um Rindfleisch und Schweinefleisch, und sind die ganz getrennt zu behandeln. Wir wissen auch, m. H., Theoretiker vom Regierungstisch und Praktiker im Landtag, daß Rindfleischpreise und Schweinefleischpreise in gar keinem Zusammenhange stehen. Wir können die niedrigsten Schweinefleischpreise und die höchsten Rindfleischpreise haben. Wenn wir auch die Rindfleischpreise durch irgend welche Maßnahmen verändern würden, so wird das die Schweinefleischpreise gar nicht beeinflussen. Die Entwicklung der Schweinepreise nimmt ihren Gang unabhängig von diesen Preisen. Und wie die Entwicklung in nächster Zukunft sein wird, das wird jeder, der den Gang der Dinge seit längerer Zeit beobachtet hat, heute schon einigermaßen



übersehen. Hohe Mehlpreise bedingen viel Kapital für den Mäster. Er schränkt die Mast ein — und er wird sie um so eher einschränken, je höher die Gerstenpreise sind im Verhältnis zum Schweinepreis. Nun ist 40 bis 45 *M* pro Zentner Lebendgewicht für fette Schweine ein Durchschnittspreis. Sie werden mir zugeben, wenn wir 6 bis 7 *M* pro Zentner für Mehl bezahlen, dann kann man mit 45 *M* Schweine produzieren. Aber weil die Futtermittel so teuer sind, sage ich, wir bekommen Schweinepreise wahrscheinlich schon zum nächsten Herbst, wie wir sie in solcher Höhe noch nicht erlebt haben. (Sehr richtig!) Und deshalb sagen wir, ist die Wirtschaftspolitik, die die Schweinepreise durch Zölle so stark auf- und abtreibt, nicht eine im Interesse des Bauernstandes liegende. Wir sind der Meinung, daß möglichst stabile Preise für die Produzenten und vor allen Dingen auch für die Konsumenten richtig sind. Die kann man nur herbeiführen, wenn man das Ausgleichsgebiet für fette Schweine vergrößert. Wir wissen ganz genau und freuen uns, daß die Zeit der Wahl wiederkommt, wo gefragt wird: „Dannemann oder Tanzen — Agrarisch oder Liberal?“, und wir sind gewiß, daß die Bevölkerung dann die rechte Entscheidung treffen wird. (Zuruf: „Wählt Hug!“ Große Heiterkeit.)

Präsident: Herr Abg. Feldhus hat das Wort.

Abg. **Feldhus:** M. H.! Ich bin diesen Winter allen Wahlreden und allen Wahlversammlungen aus dem Wege gegangen, aber heute habe ich doch noch eine Wahlrede anhören müssen, und zwar ganz gründlich. Herr Abg. Tanzen (Hering) hat mir das Vergnügen gemacht. Ich will wenig darauf sagen. Die Herren bewegen sich alle auf dem Boden der großen Wirtschaftspolitik. Diese große Wirtschaftspolitik hat aber zur Herbeiführung einer Verbilligung der Nahrungsmittel der Bevölkerung keine große Wirkung. Um über die jetzt bestehende Teurung hinweg zu helfen, gilt es rascher zu handeln. Und da gibt es u. a. ein ganz einfaches Mittel. Es ist vorhin schon von Herrn Abg. Driver gestreift, und auf die Gefahr hin, daß Herr Abg. Hug meinen Vorschlag hausbacken nennt, wie er es vor einigen Jahren getan hat, sage ich, die Städte verteuern das Fleisch um einen großen Prozentsatz durch den Schlachthauszwang. Das Vieh, das im Schlachthause geschlachtet wird, mag man meinetwegen dreimal untersuchen lassen, ich habe nichts dagegen, aber wenn man dem Arbeiter und dem kleinen Beamten billiges Fleisch beschaffen will, lasse man vom Lande das sogenannte Kleinfleisch herein, was von den Laienfleischbeschauern untersucht ist, ohne daß es nochmals im Schlachthause untersucht werden muß. Dann werden Sie dieses Fleisch so billig haben, wie wir auf dem Lande. Wir haben keine hohen Schweinefleischpreise. Zwar die besten Stücke, wie Herr Abg. Tanzen bereits ausgeführt hat, sind teuer, aber wir haben auch billigere Sorten, und davon eine ganze Menge. Dieses Kleinfleisch verschicken wir größtenteils nach außerhalb. Das könnte hier die Teurung mildern, und zwar gründlich, lassen Sie es nur herein, sicher wird dann das Schweinefleisch in Oldenburg oder Rüstingen billiger, als es in den letzten Jahren gewesen ist.

Das Brot ist nicht teurer geworden, zehn Pfennig das Pfund hat es immer im Durchschnitt gekostet. Wir haben

während der Wirkung der Steuer schon billigere Preise gehabt, aber sie sind auch heute nicht höher wie früher.

Meine Vorschläge sind alles nur Kleinigkeiten, aber die wirken sofort, wenn Sie das Schweinefleisch nur hereinlassen. Vor einigen Jahren hat Herr Abg. Tappenbeck mir bestritten, daß dies durchführbar sei und helfen würde. (Abg. Tappenbeck: Ich muß das heute auch noch bestritten!) Ich behaupte das aber und wer die Sache kennt, wird mir recht geben.

M. H.! Was wir sonst über Teurung jammern und worüber wir Geschrei anstellen, das kommt zum großen Teil durch die verfeinerte Lebenshaltung. Unsere Fabriken in Zwischenahn liefern z. B. das feinste Schweineschmalz — Herr Abg. Hug, das klingt etwas hausbacken, aber ein früherer freisinniger Abgeordneter hat das Schmalz im Reichstag auch erwähnt, dann darf ich es auch hier wohl tun — also wir liefern das feinste Schweineschmalz für 80 Pfennig. Nun fragt man die Leute: warum kauft Ihr das nicht? Nein, Schmalz! Molkereibutter muß es sein. Wir wurden früher ganz anders ernährt und es ist uns ganz gut bekommen. Wenn der Sommer vorbei war, war auf dem Lande das Butteressen auch vorbei, dann kam das Schmalz an die Reihe, und wenn das Schmalz weniger wurde, wurde Rüböl dazu genommen. Das klingt hausbacken, aber es war billig. Setzt darf man den Dienstboten kein Schmalz auf den Tisch stellen, die verlangen Butter. Schmalz ist nicht fein genug, es klingt nicht gut. Auch in unserm Armenhaus dürfen wir kein Schmalz auf den Tisch bringen, lieber Margarine, die sieht wenigstens gelb aus. Dann noch eins: sehen Sie sich in den Tagesblättern die Vergnügungsanzeigen an und streichen Sie davon dreiviertel weg, dann ist die Teurung auch weg.

Präsident: Se. Excellenz Herr Minister Scheer hat das Wort.

Minister **Scheer:** M. H.! Auf die Ausführungen des Herrn Abg. Tanzen möchte ich zwei Worte erwidern. Er hat ausgeführt, daß die letzte Reichstagswahl unter einem ganz anderen Rufe erfolgt wäre, wie die von 1906. Ich möchte doch meinen, daß die Wahlen nicht allein von den Parteiführern gemacht werden, sondern auch vom Volke, und wenn letzteres wirklich derartig unter der angeblich schlechten Wirtschaftspolitik litte, wie es von dem Antragsteller behauptet wird, so hätte diese Politik auch die Wahlen von 1906 ungünstig beeinflussen müssen.

Sodann hat Herr Abg. Tanzen behauptet, meine Ausführungen über die Auswanderung wären nicht richtig gewesen, die Abnahme datiere von der Zeit der Caprivi'schen Handelsverträge. M. H.! An der Vertragspolitik ist später nicht gerüttelt. Ich habe gesagt, die Abnahme der Auswanderung wäre eine Folge der jetzigen Wirtschaftspolitik, und diese Tatsache ist nicht zu bestreiten.

Dann hat Herr Abg. Dursthoff vorgetragen, eine Heringsfischereigesellschaft habe trotz Verlustes einer Reichsbauprämie von 6000 *M* sich veranlaßt gesehen, den Bau eines Dampfers nach Holland zu vergeben, weil dort die Forderung 10 000 *M* niedriger gewesen sei, und diese Tatsache sei eine Folge unserer Wirtschaftspolitik. Ich glaube, das ist ein Trugschluß. Jeder, der mit der Schifffahrt zu



tun hat, weiß, daß von jeher die Holländer viel billiger gebaut haben als die deutschen Werften, besonders wegen der weit geringeren Generalunkosten.

Präsident: Herr Abg. Tappenbeck hat das Wort.

Abg. Tappenbeck: M. H.! Sehr ungern ergreife ich in dieser Erörterung das Wort. Nachdem aber zuerst Herr Abg. Driver und jetzt auch Herr Abg. Feldhus mich direkt herausgefordert haben, kann ich es nicht unterlassen, wenigstens ganz kurz ihre Ausführungen zu widersprechen. Es widerstrebt mir, zu wiederholen, was ich vor einigen Jahren hier lang und breit ausgeführt habe, und ich kann nur sagen, daß ich das, was ich damals vortrug, heute noch als in allen Punkten zutreffend aufrecht erhalten muß. Es ist nicht richtig, wenn Herr Abg. Feldhus und auch Herr Dr. Driver glauben, daß der Schlachthausbetrieb verteuern auf die Fleischpreise wirkt. Das kann schon deswegen nicht der Fall sein, weil die Schlachthausgebühren außerordentlich gering sind und bei der Preisgestaltung nicht zur Wirkung kommen. (Abg. Driver II: Erschwerend!) Ich komme darauf, Herr Abg. Driver. Diese Gebühren betragen reichlich einen Pfennig auf das Pfund Rindfleisch und reichlich einen halben Pfennig auf das Pfund Kalb- oder Schweinefleisch. Davon ist aber noch die Gebühr für den Laienfleischbeschauer abzuziehen, die zu zahlen gewesen wäre, wenn das Tier nicht auf dem Schlachthofe geschlachtet wäre. Die Differenz zwischen Schlachthofgebühr und Laienfleischschau-Gebühr macht also nur den Bruchteil eines Pfennigs auf ein Pfund Fleisch aus, und daß das auf den Fleischpreis keinen Einfluß ausüben kann, versteht sich von selbst. Dazu kommt aber noch, daß die Schlachter, die die Einrichtungen des Schlachthofes benutzen, die Kosten einer eignen Schlachtstätte sparen. So ergibt sich, daß in Wahrheit der Schlachthof die Betriebskosten ermäßigt und nicht steigert.

Ein Beweis dafür, daß der Schlachthofbetrieb das Fleisch nicht verteuert, liegt auch in dem, was Herr Abg. Jordan ausgeführt hat, daß nämlich in Delmenhorst, wo ein Schlachthaus nicht besteht, und wo in der Markthalle das Feilbieten von Fleisch gebührenfrei zugelassen wird, die Fleischpreise nicht niedriger sind. Diese Tatsache, daß nämlich in den meisten oldenburgischen Städten, die kein öffentliches Schlachthaus haben, die Fleischpreise nicht niedriger sind, als in der Stadt Oldenburg, haben wir bei den von uns anlässlich der Beratung über ein neues Schlachthausstatut angestellten Erhebungen kürzlich feststellen können. Ebenso ist eine Mythe, durchaus nur Mythe, daß die Maßnahmen, die die Schlachthausgemeinden zum Schutze der Gesundheit ihrer Einwohner für notwendig halten, nämlich die Nachuntersuchung des von auswärts eingeführten Fleisches als Grenzsperrwirkung, also die Fleischeinfuhr verhindert oder erschwert. Wenn heute nicht mehr in dem Umfange Fleisch von außen eingeführt wird wie früher, so liegt das ganz allein an den gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen. So ist z. B. der Fleischverbrauch auf dem Lande ganz gewaltig gestiegen. Die Leute begnügen sich nicht mehr mit Speck, sondern essen die besten Stücke selbst und bringen sie nicht mehr in die Stadt. Bei den Verhandlungen des Stadtrats über unser neues Schlachthaus-

statut, die sich wohl über zwei Jahre hingezogen haben, ist die Tatsache, daß die verminderte Zufuhr von Fleisch aus der Umgegend nicht mit dem Zwange zur Nachuntersuchung zusammenhängt, sondern in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist, von allen, die sich mit dieser Frage näher beschäftigt haben, einmütig anerkannt, obwohl viele anfangs gegenteiliger Meinung waren. Als der Magistrat vor zwei Jahren dem Stadtrate den Entwurf des neuen Statuts vorlegte, da wurde von vielen die Aufhebung der Nachuntersuchung für eingeführtes Fleisch gefordert. Der Stadtrat stand der Vorlage zunächst sehr skeptisch gegenüber und man erklärte mit großer Entschiedenheit, wir wollen keine Bestimmung im neuen Statut, welche fleischverteuernd wirkt oder irgendwie die Fleischeinfuhr beschränkt und es hat sehr ausführlicher und langwieriger Verhandlungen bedurft, bis daß das Statut unter Dach gebracht wurde. Das Ergebnis der Beratungen ist aber gewesen, daß die Vorschläge des Magistrats in diesem Punkte einstimmig angenommen worden sind. Uebrigens sind nach den Bestimmungen unseres neuen Statuts die Gebühren für die Nachuntersuchung auf die Hälfte ermäßigt, auch wird jetzt die Einfuhr in kleineren Stücken zugelassen.

Präsident: Herr Abg. Feldhus hat das Wort.

Abg. Feldhus: M. H.! Ich möchte gleich zu dem letzten kommen, was Herr Abg. Tappenbeck vorgebracht hat: das von mir bezeichnete Fleisch würde von den Landeuten nicht mehr in die Stadt gebracht. Ja, die Landeute bringen dies Fleisch nicht mehr in die Stadt, weil es nicht frei herein darf! In Zwischenahn haben wir sehr große Fleischwarenfabriken, in denen täglich hunderte von Schweinen geschlachtet werden. Jedes Schwein hat vier Beine, zwei Ohren und eine Schnauze, und das ist das Fleisch, wovon Sie nichts abkriegen, weil Sie es nicht in die Stadt hineinlassen. (Abg. Tappenbeck: Doch, wir lassen es herein!) Soviel ich weiß, tun Sie das eben nicht, weil Sie es doch nicht mehr untersuchen lassen können. Wenn Sie es aber hereinlassen, dann werden die Preise billiger werden, denn das ist das Fleisch des kleinen Mannes.

Präsident: Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.

Abg. Dursthoff: Nur zwei Worte zu den Ausführungen des Herrn Ministers. Der Herr Minister meinte, daß der Preisunterschied zwischen den holländischen und deutschen Werften, auf den ich vorhin hinwies, nicht verursacht werde durch die Zollpolitik. Ich bin doch anderer Ansicht. Der Herr Minister meinte, die besseren Einrichtungen der Werften in Holland veranlaßten das. M. H.! Unsere großen Werften in Deutschland sind so vorzüglich eingerichtet, damit kann kaum eine holländische Werft konkurrieren; was irgendwie an technischen Verbesserungen möglich ist, das ist auch bei uns vorhanden. Es wird der Herr Minister auch wissen, daß die Werften in Deutschland ohne Ausnahme ganz außerordentlich schlechte Jahre hinter sich haben, in denen sie nicht nur nichts verdient haben, sondern in denen sie große Summen zugefetzt haben. Trotz dieser vorzüglichen technischen Einrichtung und trotzdem sie die Preise so niedrig stellten, daß sie kaum dabei



auf die Kosten kamen, waren sie doch nicht in der Lage, die Schiffe so billig herzustellen, wie die holländischen Werften. Der Grund kann also doch nur in der künstlichen Verteuerung hier in Deutschland liegen. Als weiteren Beleg für die Verteuerung der Lebenshaltung hier in Deutschland kann ich dem Herrn Minister noch mitteilen, daß z. B. die sämtlichen holländischen Eisenbahnbeamten und Arbeiter, die diesseits der deutschen Grenze wohnen, Teuerungszulagen erhalten und zwar, wie ich glaube, 20%, das ist doch eine offizielle Anerkennung seitens der holländischen Regierung, daß unsere Lebensverhältnisse teurer sind.

Noch einen weiteren Beweis kann ich dem Herrn Minister mitteilen. Ich habe besonders die Verhältnisse in der Torfstreuindustrie verfolgt, wir haben darin auch holländische Unternehmer. Ich habe mir da Preise aufgeben lassen, die bezahlt werden für gewöhnliche Nahrungsmittel bei uns und in Holland und habe festgestellt, daß eine Differenz von 15 bis 20% bei den gangbarsten Lebensmitteln zu unseren Ungunsten besteht; bei manchen Fabrikaten ist es allerdings umgekehrt, die sind hier ebenso billig, aber bei den Nahrungsmitteln sind wir ganz bedeutend teurer.

Ich kann dem Herrn Minister weiter mitteilen, daß eine Heringsfischerei, die nach Deutschland übergestiebt ist, und in der deutsches Aktienkapital arbeitet, sich ernstlich mit dem Gedanken trägt, wieder nach Holland zurückzugehen. Die Gesellschaft sagt, wir können tatsächlich hier nicht so billig arbeiten, so daß es für uns rentabler ist, nach Holland zurückzukehren. Das sind Tatsachen, die nicht aus der Welt zu schaffen sind und die in dem sonst vorzüglichen Referat des Herrn Abg. Tanzen nicht zum Ausdruck gekommen waren und die hier vorzubringen ich daher für meine Pflicht hielt.

Präsident: Herr Abg. Feldhus hat das Wort zum dritten Male mit Genehmigung des Landtages.

Abg. **Feldhus:** M. H.! Ich möchte ganz kurz auf die holländischen Verhältnisse zurückkommen. In Holland sind die Löhne ganz bedeutend niedriger als bei uns. Da hat man noch nicht so viel gestreift wie hier. Früher lag die Sache umgekehrt, da wanderten unsere Leute nach Holland zum Grasmähen und brachten ein paar Gulden nach Hause. Unsere Verhältnisse haben sich aber ganz bedeutend gebessert, denn heute gehen unsere Leute nicht mehr nach Holland zum Grasmähen, wohl aber kommen die Holländer scharenweis zu uns und liegt die Sache jetzt umgekehrt. Diese Leute müssen bei uns doch mehr verdienen können, als zu Hause in Holland. Und das sind nicht ganz wenige, es sind das Torfgräber, Grasmäher und Ziegelarbeiter. Ob es in der Industrie auch so ist, weiß ich nicht, aber daß die Löhne hier besser sind, ist mir bekannt.

Präsident: Herr Abg. Dannemann hat das Wort.

Abg. **Dannemann:** Ein paar Worte zu Herrn Abg. Tanzen. Herr Abg. Tanzen hat gesagt, ich wäre der reaktionäre Agrarier oder so was ähnliches und er wäre der liberale Mann. Ich bin es von ihm nicht anders gewohnt, als das er alles als reaktionär bezeichnet, was ihm politisch nicht paßt. Ich möchte Herrn Abg. Tanzen

seinem Wunsche gemäß einladen, sich bei uns zur Wahl aufzustellen, in seinem eigenen Wahlkreise ist Herr Tanzen bei der Gemeinderatswahl ja durchgefallen. Wenn es Ihnen also Vergnügen machen sollte Herr Tanzen, so lade ich Sie ein, sich gegen mich aufstellen zu lassen. Ich fürchte Ihre Konkurrenz dort nicht.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt, dann schließe ich die Beratung und gebe das Schlußwort Herrn Abg. Hug.

Abg. **Hug:** M. H.! Es ist nicht möglich, auf alles das zu antworten, worauf ich antworten könnte und auch müßte, ich will auch dem Lauf der Debatte Rechnung tragen und mich nach dem Gang der Uhr etwas richten. M. H.! Ich war bestrebt, die Debatte auf einem möglichst hohen Niveau zu halten, ich glaube, im großen ganzen ist mir das wohl auch gelungen, es wäre aber noch besser gewesen, wenn die Herren Kollegen Driver II und Hartung auch auf der Höhe geblieben wären und nicht in der Diskussion verjuchst hätten, die Debatte auf eine gewöhnliche Raibalgerei zwischen Freihändlern und Schutzöllern herunterzubringen. M. H.! Ich will nur auf einige der Ausführungen eingehen.

Zunächst kann mir kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß ich diesen Antrag eingebracht habe. Er ist gemacht worden von denen, die sagten, es wäre besser gewesen, ich hätte den Antrag nicht gebracht. Ich hielt mich aber für verpflichtet, ihn zu bringen, nachdem die Landwirtschaftskammer, ohne einen Anlaß zu haben, in einem Beschlusse gesagt hat, daß sie das Wirtschaftssystem für notwendig und für alle Zeiten für angebracht halte. Das hat den äußeren Anlaß dazu gegeben. Aber abgesehen davon, hat jeder von uns das Recht und ich habe es noch niemand streitig gemacht, wenn er glaubt Angelegenheiten, die er für im Interesse des Volkes liegend erachtet, durch einen selbständigen Antrag zur Sprache zu bringen. Das erfreuliche an der Debatte ist, daß von dem Vertreter der Staatsregierung erklärt wurde, daß die Sache eine äußerst wichtige ist und die Vertreter der Staatsregierung haben sich viel korrekter verhalten, als die Kollegen, die anderer Meinung sind wie ich. Ich habe auch keine Wahlpolitik treiben wollen, auch vorhin nicht, hier kann ich aber nicht alles sagen, was zu diesem Kapitel noch zu sagen wäre, ich wünsche nur, ich könnte mich mit Herrn Abg. Driver in Bechta auseinandersetzen. (Abg. Driver II: Gehen Sie mal mit!) Nur unter der Garantie, daß ich keine Prügel kriege. (Heiterkeit!) Gegen ein oder zwei kann ich mich wohl wehren, aber nicht gegen einen Haufen. (Abg. Driver: Oho!) Auch gegen Sie. (Heiterkeit!)

Das einzige greifbare, was Herr Abg. Driver gesagt hat und darin hat ihm auch Herr Abg. Feldhus beige stimmt, ist der Vorschlag, wir sollten mit kleinen Mitteln der Teuerung abhelfen. Von einer Teuerung ist bei den Schweinepreisen gar nicht die Rede. Ich habe ganz klar erklärt, darin besteht zurzeit keine Teuerung, aber die Wirkung, und die können Sie nicht ableugnen, auch auf diesen Zweig der Landwirtschaft habe ich gekennzeichnet.

Ich muß dann das unterstreichen, was Herr Kollege Tappenbeck von Didenburg gesagt hat, das trifft auch für uns zu, daß an den Schlachthofeinrichtungen nichts verdient



wird. Daran kann nichts verdient werden nach dem Gesetz und daran soll auch nichts verdient werden. Lediglich der Gesichtspunkt, daß wir gesundes Fleisch in unsere Stadt hineinbekommen, ist ausschlaggebend für die Bestimmung, daß das Fleisch im Schlachthause untersucht wird. Aber die Bestimmung wird wenig beachtet dadurch, daß die meisten Schlächter gerade das Fleisch, was die große Masse der Bevölkerung, die Arbeiter, essen, gar nicht zum Schlachthofe kommt, die Schlächter drücken nur die Schlachthausgebühren. Es kommt höchstens die Nachschau dazu, die ist aber auch sehr notwendig. Ich habe Stücke Fleisch gesehen, die in die Küchen der Arbeiter kommen, wie Sie Herr Driver in Ihre Küche nicht bringen lassen würden, denn es fragt sich doch, wie lange das Fleisch schon gelegen hat, ehe es in die Stadt kommt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß das Fleisch nachgeschaut wird.

Dann haben einige Herren gesagt, was soll die Debatte hier, die Regierung kann doch nicht darauf eingehen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß so manche Anträge eingebracht worden sind, oder das Gesetzesvorlagen gekommen sind, die hier bekämpft werden, ohne Rücksicht darauf, ob es der Regierung angenehm ist oder nicht. Dasselbe gilt auch in diesem Falle. Wir haben gehört, wie die Regierung sich dazu stellt, mag die Regierung es machen, wie sie will, sie trägt dann auch die Verantwortung dafür.

Nun noch ein paar Worte zu dem, was der Herr Minister gesagt hat. Ich habe es sehr bedauert, daß der Herr Ministerpräsident von einem freihändlerischen Saulus zu einem schutzöllnerischen Paulus geworden ist. Daran ist aber nichts zu machen. Es ist aber vielleicht möglich, daß er wieder umlernt. Ich würde diese Wandlung begrüßen. Sie würde zeigen, daß nicht alle Leute so unbelehrbar sind wie Herr Kollege Driver und seine Genossen. Das steht fest: Was ich vorgebracht habe, das sind Argumente, die lassen sich nicht widerlegen, das sind Vergleiche von gewissen Perioden gegenüber anderen Perioden und das Ergebnis steht eben einfach fest und alles was Herr Abg. Tanzen ausgeführt hat, das ist einfach die genaue Bestätigung dessen, was ich gesagt habe.

M. H.! Es steht fest, daß die sogenannte Not in der Landwirtschaft seit dem Tage besteht, seitdem der Grund und Boden eine Ware geworden ist. Aus dieser Not kommt man auf verschiedene Wege, entweder durch den Freihandel, den Schutzzoll oder die Sozialisierung des Grund und Bodens. M. H.! Es ist auch nicht richtig, wenn gesagt wird, daß wir 1879 eine Kalamität in der Landwirtschaft aus dem Grunde gehabt haben, weil wir den Freihandel gehabt haben. Nein! Sener Zeit ging die furchtbare Industriekrisis von 1873 bis 1878 voran, ich habe sie miterlebt. Diese Krisis hat nicht nur auf die Industrie, sondern auch auf die Landwirtschaft einen ungünstigen Einfluß ausgeübt, und war es nicht lediglich Absicht des Fürsten Bismarck, der Landwirtschaft zu helfen, sondern vor allen Dingen war ihm darum tun, die Reichsfinanzen unabhängig von den Einzelstaaten zu schaffen. Er mußte aber den Parteien, die ihm helfen sollten, etwas geben. Darum wurden die Industriezölle eingeführt, um der Großindustrie etwas zu bieten, und darum wurden die Agrarzölle eingeführt, um die angebliche Notlage der Landwirtschaft zu bessern. M. H.!

Das steht einfach fest, daß die Schutzzölle alle Waren verteuern, auch diejenigen, die nicht einmal mit einem Schutzzoll belegt sind, man sieht das in jedem Land, wo der Hochschutzzoll besteht. In den Debatten über das Agrarproblem haben wir immer sagen gehört: wenn man Zölle einführt, vergrößert sich der Viehstapel, sodaß Deutschland von seiner Landwirtschaft allein mit Fleisch versorgt werden kann; es vergrößert sich die Anbaufläche, wenn durch Getreidezölle der Preis über die Produktionskosten erhöht wird. Diese Behauptung ist nicht zur Tatsache geworden. Die Preise für Brot und Fleisch sind höher geworden, den Agrariern ist es gar nicht eingefallen, den Viehstapel und die Anbauflächen für Brotgetreide entsprechend dem Wachstum der Bevölkerungsziffer zu vermehren. M. H.! Die Zollpolitik erhöht die Grundrente und jeder neue Erwerber muß wünschen, daß wiederum Zölle kommen, wenn er so dastehen soll wie sein Vorgänger, also es wird das eine Schraube ohne Ende. Wenn einmal angefangen ist, dann ist es schwierig, aus einem solchen System herauszukommen. M. H.! Der Schutzzoll schafft die gewaltigen Vereinigungen der Kapitalmagnaten, der Schutzzoll bringt den Großhandel auf die Beine, das ist alles sicher richtig, aber alle diese großen Dinge, die können mit diesen kleinen Mitteln, wie sie hier vorgeschlagen worden sind, nicht beseitigt werden.

Nun hat Herr Minister Scheer gesagt, daß die Unzufriedenheit, die durch die Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, nicht auf die Wirtschaftspolitik zurückzuführen sei. Er hat sich geirrt in der Betrachtung der Wahlen von 1903, da handelte es sich um den Zolltarif, da kam die Unzufriedenheit über die Wirtschaftspolitik scharf zum Ausdruck. 1907 spielte ein nationales Moment, die Kolonialpolitik, eine große Rolle, sodaß die Wirtschaftspolitik eine untergeordnetere Rolle spielte, aber auch diejenigen Parteien, die gegen die Wirtschaftspolitik sind, haben eine ganz außerordentlich größere Stimmenzahl erreicht als 1903. Der Herr Minister hat ganz recht, wenn er sagt, daß auch auf das Konto der Finanzreform von 1909 etwas zu setzen ist. Die haben die Parteien der Rechten ja gemacht. (Abg. Driver II: Das ist eine sehr gute nationale Tat.) Vollbringen Sie nur weiter noch solche nationale Taten, dann wird der Zentrumsturm schon bersten. Der Herr Minister hat dann auf die Wahlen von 1907 hingewiesen. Dieser kleine Hieb gegen Herrn Abg. Tanzen war ganz am Platze, denn wer einmal von dem Pfade der Tugend abgewichen ist, wie seine Partei es 1907 getan hat, der braucht sich nicht zu wundern, wenn die Wähler lieber einen wirklich roten Stimmzettel abgeben, als einen blaßroten mit blauem Rande. (Heiterkeit!) Aber was soll diese Auseinandersetzung helfen, wir haben hier zusammenzuhalten, um Front gegen die volksverwüstende Hochschutzzollpolitik zu machen.

Dann hat der Herr Minister gemeint, daß auch dadurch, daß die Auswanderung weniger geworden ist, der Beweis für die Vortrefflichkeit der herrschenden Wirtschaftspolitik erbracht sei. Ich bin dagegen vielmehr der Ansicht, daß durch die Verwendung der künstlichen Düngemittel die Auswanderung zurückgegangen ist, ich bin weiter der Ansicht, daß der eintretende Mangel an jungfräulichem Boden in Nordamerika der Abwanderung Abbruch getan hat. Ich



bin ferner der Ansicht, daß die Aufklärung in landwirtschaftlichen Kreisen, die landwirtschaftlichen Schulen, die bessere Bearbeitung, dazu geführt haben, die Auswanderung fast auf den Nullpunkt zu bringen.

In den Streit über Deutschland und Holland mische ich mich nicht. Ich will nur eins sagen gegenüber den Herren, die behauptet haben, in Holland seien die Schiffsbaueinrichtungen besser und die Löhne niedriger, daß das auf dem Gebiete im Schiffbau nicht zutrifft. Die Löhne der Metallarbeiter sind in Holland und Deutschland ungefähr gleich, dagegen ist es richtig, daß die Einrichtungen der Werften in Deutschland großartiger und besser sind, wie in Holland.

M. H.! Es ist dann über die getroffenen Maßnahmen gegen die Teuerung gesprochen worden. Dazu will ich eins sagen: Bei solchen Maßnahmen wird viel zu bürokratisch verfahren. Wenn man zum Beispiel etwas helfen wollte, hätte man müssen den Konsumvereinen die gewährten Frachtermäßigungen zuteil werden lassen. Deren Gesuche hat man aber abgelehnt. Wenn aber jemand geeignet ist, eine Teuerung mit kleinen Mitteln abzuschwächen, so sind es die Konsumvereine.

Der Herr Minister sagte dann, wir hätten exorbitant hohe Gerstenpreise und dieser Preis werde weniger durch den Zoll hervorgerufen, als durch die große Nachfrage. Das wird wohl sicher richtig sein, aber in dem heutigen Zustande, wo gerade der kleine Züchter unter dem hohen Gerstenpreise zu leiden hat, lag es doch ganz nahe, nun den Zoll ganz zu erlassen. Die 1,30 *M.*, die helfen ihm schon. Aber darin zeigt sich gerade, daß es falsch ist, daß wir eine rein großagrarisches Zollpolitik haben. Herr Feldhus, der für gute Schweinepreise strebt, ist kein Großagrariar. So müssen die anderen Gruppen der Landwirtschaft den Gerstenzoll aufzuheben anstreben, das ist heute das einzige Mittel, den kleinen Landleuten und den Schweinezüchtern die Kalamität, in der sie sich befinden, zu erleichtern. Der Herr Minister hat gesagt, die Frage ist schwierig, wir sind keine reinen Schutzöllner und keine reinen Freihändler. Gewiß kann man in gewisser Beziehung verschiedener Meinung sein und wenn der eine oder andere meiner Parteigenossen anderer Ansicht ist, besonders mein Freund Schippel, der unter gewissen Voraussetzungen für einen mäßigen Getreidezoll, besonders gegenüber Amerika eintritt, ich stimme ihm da nicht bei, so sage ich, das ist seine Privatan sicht, aber nicht die Ansicht meiner Partei, die dafür auch nicht verantwortlich gemacht werden kann. Schutzölle sind gut, wenn man eine Industrie aufhelfen will und aufhelfen muß, wenn man sie zur Geltung bringen will gegen auswärtige Konkurrenz. Davon kann hier aber keine Rede sein.

Der Herr Minister hat dann gesagt, die oldenburgische Regierung will eine Politik der Möglichkeit treiben. Ich meine, das was wir hier vorschlagen, ist wirklich nichts unmögliches, das ist wirklich zu machen. Ich bin angenehm berührt davon, daß die Staatsregierung den Antrag ernst aufgefaßt und ernstlich geprüft hat und ich kann nichts dagegen haben, wenn sie anderer Meinung ist, aber ich sage nochmals, praktisch möglich und durchführbar ist mein An-

trag auch. Wird das Zollsystem dadurch erschüttert, um so besser. Wir ruhen und rasten nicht bis es beseitigt ist.

Der Herr Minister hat dann darauf hingewiesen, daß die praktische Tätigkeit der Regierung darin bestanden habe, zu kolonisieren. Alle Anerkennung für diese Bestrebungen; aber das steht auf einem anderen Blatte. Vielleicht finden wir einmal Gelegenheit, daß wir unsere Ansichten darüber austauschen. Heute sage ich nur, vielleicht wird eher zu wenig darin getan als zu viel. Aber der Herr Kollege Tanzen hat das auch schon richtig ausgeführt, die Moorkolonisation kommt für diese ganze Frage kaum in Betracht. Es ist eben, daß die Sachlage nicht erkannt wird, nämlich, daß man das schlimme, dem größten und eigennützigsten Teil Landwirtschaft, den Großagrariern und den kleinen Kolonisten, den Zwergbauern die Versorgung des Volkes mit Brot und Fleisch überläßt und auch ferner überlassen will. Aus diesem Zustand entstehen viel mehr Kalamitäten als aus dem Freihandel. Es ist kein planmäßiges Vorgehen da und je mehr Deutschland Industriestaat wird, desto mehr ist die Notwendigkeit da, eine planmäßige Beschaffung von Lebensmitteln zu fordern. Ich bitte Sie, nehmen Sie meinen Antrag an.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. Tanzen: Herr Abg. Dannemann hat wohl in Ermangelung besserer Gründe und um seine ungünstige Position zu bessern, etwas gesagt, was ich gesagt haben soll, was aber durchaus nicht der Fall ist. Erstens hat Herr Abg. Dannemann gesagt, ich habe das Wort reaktionärer Agrarier gebraucht. Der Ausdruck ist bekannt, ich habe aber nur den Ausdruck Agrarier gebraucht und stelle das richtig.

Weiter hat Herr Abg. Dannemann damit, daß er sagte, die Gemeinderatswahl in Abbehausen habe gegen mich entschieden, zum Ausdruck bringen wollen, daß in Abbehausen sich die politische Gesinnung geändert habe. Das hat damit garnichts zu tun und ich kann ihn beruhigen, denn nur 15% der Wahlberechtigten sind nationalliberal-agrarisch gesinnt, 85% der Wähler gehören zu den Liberalen und ich kann ihm die Versicherung geben, daß das so bleiben wird.

Weiter hat Herr Dannemann gesagt, daß ich gesagt hätte, ich wolle demnächst im Wahlkampfe mit ihm in demselben Wahlkreise konkurrieren. Das habe ich nicht gesagt, ich kann jetzt nur sagen, daß ich gar nicht den Wunsch habe, mit Herrn Abg. Dannemann in einem Wahlkreise zu konkurrieren.

Präsident: Es ist namentliche Abstimmung beantragt, ich möchte aber vor der Abstimmung von dem Rechte des Präsidenten Gebrauch machen und meine Abstimmung, vielmehr meine Stimmenthaltung begründen.

Es liegt der Antrag Hug vor, der in 2 Teile zerfällt. Hätte Herr Abg. Hug sich darauf beschränkt, den ersten Teil, das Grundsätzliche für sich zu bringen, bis zu den Worten: „Als geeignete Maßnahmen sind anzusehen“, so würde es mir eine Freude gewesen sein, dem zuzustimmen. Dem 2. Teil, den gemachten Einzelvorschlägen, denen ich zu

einem großen Teil nicht entsprechen kann, — Herr Abg. Hug wird meine politische Stellung kennen, ich verweise hierbei auch auf die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Fuhrmann, — kann ich nicht zustimmen. Ich werde mich daher der Stimme enthalten.

Wir stimmen jetzt namentlich ab und zwar beginnt die Abstimmung mit dem Buchstaben S. Ich bitte die Herren, die den Antrag Hug, wie er vorliegt, annehmen wollen, bei dem Aufruf ihres Namen mit ja, die ihn ablehnen wollen, mit nein zu antworten.

Jordan ja, Kleen ja, König nein, Koopmann nein, Lanje nein, Meyer ja, Möller fehlt, Mohr nein, Müller (Mughorn) fehlt, Müller (Brake) fehlt, Plate nein, Rebenstorf ja, Schipper ja, Schmidt (Zetel) ja, Schmidt (Delmenhorst) ja, Schröder Stimmenthaltung, Schulz ja, Steenbock ja, Tanzen (Stollhamm) ja, Tanzen (Heering) ja, Tanzen (Rodenkirchen) ja, Tappenbeck ja, Wessels ja, Westendorf nein, Behrens ja, Verding nein, Brumund ja, Bull ja, Dannemann nein, Dörr ja, Driver I nein, Driver II nein, Dursthoff ja, Enneking Stimmenthaltung, Feigel nein, Feldhus nein, Fick ja, v. Fricke nein, Gerdes ja, Hartong nein, Heitmann ja, Heller ja, Henn nein, Hollmann nein, Hug ja.

Der Antrag ist bei 2 Stimmenthaltungen mit 24 gegen 16 Stimmen angenommen.

M. H.! Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung in Angriff zu nehmen halte ich für bedenklich, weil ich nicht sicher bin, daß der Gegenstand bald erledigt werden kann. (Zurufe: Dauert nicht lange!) Wenn der Landtag einverstanden ist, werde ich den nächsten Gegenstand heute noch erledigen. Dann eröffne ich also die Beratung zu dem

Selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung für das Herzogtum Oldenburg.

Der Antrag ist Ihnen mitgeteilt, ich brauche ihn wohl nicht zu verlesen. Ich stelle den selbständigen Antrag und den Gesetzentwurf zur Beratung und gebe das Wort dem Antragsteller und Berichterstatter Herrn Abg. Tappenbeck.

Abg. Tappenbeck: Ich kann mich im wesentlichen darauf beschränken, auf die dem Antrag beigegebene kurze Begründung zu verweisen. Es handelt sich um die Frage, ob es nicht angebracht ist, die Gemeinderechnungsführer von der Kautionspflicht zu entbinden, wie die Staatsbeamten in gleicher Stellung von dieser Verpflichtung entbunden worden sind. Denn was für die Staatsbeamten gilt, muß im allgemeinen auch für die Gemeindebeamten gelten. Es ist anerkannt, daß die Stellung einer Kautionspflicht keine Sicherheit gegen Veruntreuung schafft, es müssen vielmehr solche Einrichtungen getroffen sein, daß sie in sich eine Kontrolle enthalten, unabhängig von dem persönlichen Vertrauen gegen den Beamten. Solche Einrichtungen sind möglich und werden von den meisten Verwaltungen, wenigstens den größeren, getroffen sein. Es würde also an sich vielleicht richtig sein, wie beim Staate, bei uns und in anderen Bundesstaaten, so auch bei den Gemeindeverwaltungen die Kautionspflicht ganz abzuschaffen, nachdem man sie einmal als überflüssig und als eine unnötige Belastung der davon betroffenen Beamten erkannt hat. Aber ich übersehe allerdings nicht, ob es möglich

ist, auch in kleinen Verwaltungen, vor allen Dingen in den Landgemeinden, ohne weiteres auf die Kautionspflicht zu verzichten, und ich habe deswegen den vorsichtigeren Weg gewählt, daß es den Gemeinden freigestellt werden soll, auf die Kautionspflicht zu verzichten, wenn sie wollen. Ich glaube, bei solcher Beschränkung werden gegen meinen Antrag kaum Bedenken zu erheben sein, und ich möchte daher den Landtag bitten, den Antrag, wie er gestellt ist, anzunehmen.

Präsident: Herr Geh. Oberregierungsrat Calmeyer-Schmedes hat das Wort.

Geh. Oberregierungsrat **Calmeyer-Schmedes:** Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß es wohl nicht ganz richtig ist, wenn der Herr Antragsteller sagt, nachdem die Kautionspflicht für die Staatsbeamten aufgehoben sei, könne auch die Bestimmung in der Gemeindeordnung, betreffend die Sicherheitsleistung der Gemeinderechnungsführer aufgehoben werden. Ich glaube, die Verhältnisse liegen doch ziemlich verschieden. Bei den staatlichen Beamten handelt es sich um fest angestellte Beamte mit Pensionsberechtigung und Anwartschaft auf Witwen- und Waisenversorgung. Diese Beamten hatten Erhebliches zu verlieren, sie wußten: Wenn Nachlässigkeit eintritt und die Rechnungsführung in Unordnung gerät, dann ist unsere ganze Existenz verloren. In den ländlichen Gemeinden liegt die Sache aber wesentlich anders. Da wird in der Regel die Rechnungsführung im Nebenamte übernommen und auch von Leuten, die nicht in Büroarbeiten vorgebildet sind, da können viel leichter irgend welche Säumnisse und Versehen vorkommen und die Gemeinden geschädigt werden. Jetzt nimmt man auf dem Lande wohlhabende Leute zu dem Amte eines Rechnungsführers, meistens solche Leute, die Grundbesitz haben. Die Sicherheit wird dann in der Weise gestellt, daß der Betreffende auf seinem Grundstück eine Sicherheitshypothek eintragen läßt und die Gemeinde gar keine Schwierigkeiten hat. Es müssen nur die Kosten der Eintragung und demnächst der Löschung der Hypothek getragen werden. Die Gemeinde hat dann die Garantie, daß der betreffende Rechnungsführer sich sagt: Du hastest zunächst mit der Sicherheitshypothek und dann auch mit deinem weiteren Vermögen. Wenn nun der Antrag Tappenbeck angenommen wird, wonach es den Gemeinden freigestellt ist, von der Kautionspflicht abzusehen, so wird bald überall von einer Sicherheit abgesehen werden, denn wenn die Gemeinde einem Rechnungsführer die Sicherheit nachgelassen hat, wird der nachfolgende schon sagen: „Von mir verlangt ihr eine Kautionspflicht und von meinem Vorgänger habt ihr sie nicht verlangt? Das ist ein Mißtrauensvotum.“ Dann wird die Gemeinde leicht in diesem Falle und dauernd von einer Sicherheitsleistung absehen und ob dann nicht mehr Versehen vorkommen, ob nicht leicht bei den Leuten, die in geringen Vermögensverhältnissen leben und die schließlich nicht mehr zu verlieren haben als die geringe Vergütung, die sie für die Rechnungsführung bekommen, etwas passiert, ob dann nicht doch die Gemeinden leichter in Schaden geraten, das möge zur Erwägung gestellt werden. Ich möchte meinen, daß kein Bedürfnis nach einer Aenderung des Gesetzes vorliegt. Wenn in einzelnen Fällen und namentlich in den Städten, wo für die Rechnungsführung geschulte Leute da sind, der Antrag gestellt



wird, von der Kautionsleistung zu dispensieren, so ist der Dispens auf Grund des Artikels 100 der Gemeindeordnung möglich und wird ohne Zweifel erteilt werden.

Also ein Bedürfnis für diese Gesetzesänderung liegt nicht vor, sie würde aber nicht ohne Bedenken sein.

Präsident: Herr Abg. Tappenbeck hat das Wort.

Abg. Tappenbeck: W. H.! Nach den Bedenken, die vom Regierungstisch hier eben dennoch erhoben worden sind, möchte ich den Antrag in der gestellten Form nicht aufrecht erhalten. Es liegt mir selbstverständlich fern, etwas vorzuschlagen, was möglicherweise nicht dem Interesse aller Gemeinden entspricht. Ich glaube aber doch, daß es nicht der richtige Weg ist, auf den der Herr Regierungsbevollmächtigte die Städte verwiesen hat, in dem er ihnen nahelegt zu beantragen, die Staatsregierung möchte von dem Rechte der Dispensation von gesetzlichen Bestimmungen Gebrauch machen. Vielleicht kann man denn das Gesetz auf die Stadtgemeinden beschränken. Ich erlaube mir deswegen, den Antrag dahin zu ändern, der Landtag wolle beschließen, den von mir gestellten Antrag der Staatsregierung zur Prüfung zu überweisen.

Präsident: Es ist das ein eigenartiges Verfahren. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, den Sie vorgelegt haben. Der muß zweimal gelesen werden. Sie würden also mit dem jetzigen Antrag den Gesetzentwurf zurückziehen

mit Einverständnis des Landtags. Sonst müßte ich die 2. Lesung ansetzen. Herr Abg. Tappenbeck hat das Wort.

Abg. Tappenbeck: Ich bitte, dies so aufzufassen, daß ich den Gesetzentwurf zurückziehe und beantrage, diesen Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Prüfung zu überweisen.

Präsident: Ist der Landtag damit einverstanden, daß der Antragsteller den Gesetzentwurf zurückzieht? Der Landtag ist einverstanden. Dann ist ein weiterer Antrag von ihm gestellt worden. Wird der Antrag unterstützt? (Zuruf: Jawohl!) Ich stelle diesen neuen Antrag nunmehr zur Beratung, der dahin geht, das Material der Staatsregierung zur Prüfung zu überweisen. Das Wort wird nicht verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab, und bitte ich die Herren, die den so veränderten Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Er ist angenommen und damit der Entwurf zur Prüfung überwiesen.

Unsere Tagesordnung ist erledigt. Die nächste Sitzung findet morgen früh 10 Uhr statt. Ich möchte gleich darauf aufmerksam machen, daß ich beabsichtige, so lange Plenarsitzungen abzuhalten, bis wir die ganzen 28 Punkte erledigt haben, und jedesmal morgens 10 Uhr zu beginnen. Also nächste Sitzung morgen früh 10 Uhr.

(Schluß 2 Uhr 5 Min.)

